

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Posten frei ins Haus halbjährlich 60 Mark, Einzelverkaufspreis 5 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzehnstellige Zeile oder deren Raum 16 Mark für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Mark, für Reklamen 50 Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 243.

Dienstag, 17. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

Unser täglich Brot!

Dr. L. Lübeck, 17. Oktober.

Ist ein Volk dazu verpflichtet, jedes Elend, jede Armut, jeden Hunger zu dulden, nur damit Agrarier, Wucherer und Spekulanten reich werden und in Saus und Braus leben können?

Besuche die Verkaufsstände für Lebensmittel, für Fleisch, Fett, Kartoffeln, Brot! Beobachte dabei die sorgenvollen Gesichter der Frauen aus dem Volke. Und du wirst die Frage verstehen, die oben gestellt ist. Wenn du ein Herz hast, so wird es dir fast brechen vor Mitleid und Wut. Mitleid mit den hungrigen und ratlosen Augen; Wut gegen alle, die in dem namenlosen Elend des Volkes wühlen und plantzen wie Lurche im Schlamm.

Und ist ein Ende all des Elends, all der Ungerechtigkeit abzusehen? Ist irgendwo Besserung in Sicht? Die Kaufkraft der Mark im Auslande sinkt von Tag zu Tag tiefer. Welchen Tiefstand sie noch erreichen kann, ist nicht abzusehen.

Und die Folge? Die Herren vom Besitz, seien sie Produzenten oder Händler, wünschen, daß ihr Vermögen und ihr Profit ungeschmälert bleibe, sie verlangen deshalb einfach Dollarpreise. Der Arbeiter aber, der Beamte und Angestellte, sie alle haben die Rechnung auszugleichen. Bei ihnen spricht man nicht davon, daß sie Dollarlöhne bekommen sollen. Ihnen mutet man einfach eine Herabsetzung ihrer Lebenshaltung zu. Was braucht das Volk Fleisch, oder Butter? Das ist doch nur noch Reservatrest für die besseren Herrschaften, für die Junst vom Kapital und Spekulation.

Gewiß, Deutschland hat einen Krieg verloren; der ungeheuerliche aller Friedensverträge liegt wie ein Riesenschlingel auf seiner Wirtschaft. Wir sind arm geworden. Aber sollen dann die Arbeiter, die Festbedienten, allein diese Armut tragen? Während es der Landwirtschaft besser geht als jemals? Während der Zwischenhandel riesenhafte Gewinne abwirft? (Wie hatte Deutschland weniger Konkurrenz zu verzeichnen als im September ds. Js.) Gerade die Kreise um Handel und Landwirtschaft sind es bekanntlich, die die „Vaterlandsliebe“ ganz besonders gepachtet haben; die von früh bis spät von der „nationalen Einheitsfront“ schwadronieren. Möchten sie nicht auch mal ein bißchen hinter ihren Worten die Tat folgen lassen, und auf einen kleinen Teil des Profits verzichten? Wir fürchten allerdings, daß die großen Kriegervereinspausen sie auf beiden Ohren taub getrommelt haben. Sie werden nichts hören — dafür aber um so mehr sehen wollen, nämlich von den schmutzigen Papierklappen der Republik.

Eines möge man sich aber überall klar machen: Alles hat seine Grenzen. Die Arbeiter werden hungern, gewiß, sie sind es ja gewöhnt; aber sie werden nicht verhungern. Einer Schicht armerlicher und verächtlicher

Profitjäger zuliebe sollen sie Weib und Kinder dahinstehen lassen? Nie und nimmer!

Von der besseren Einsicht und dem guten Herzen der Agrarier und Kapitalisten allerdings ist nichts zu erwarten. Wohl aber hat die Regierung die Pflicht, endlich, endlich etwas zu tun.

Heute tritt der Reichstag wieder zusammen. Er wird über die Erhöhung des Getreidepreises, und damit über die Verdrehung des Preises für Markenbrot zu beschließen haben. Die bürgerlichen Parteien werden in Einheitsfront für diese Erhöhung eintreten — und sie haben die Mehrheit. Soll sich die Vereinigte Sozialdemokratische Partei damit ohne weiteres abfinden? O nein! Dann mögen die bürgerlichen Parteien die Verantwortung übernehmen, für das was kommt. Dann mögen sich die Demokraten mit den Deutschnationalen in einen Topf werfen und regieren — gegen die Sozialdemokratie. So lange es geht! Oder das Volk soll entscheiden: Reichstagsneuwahl. Ein Wahlkampf um die Verteuerung des Brotes! Werden die bürgerlichen Parteien ihn wohl wagen?

Bei der Niederhaltung des Brotpreises darf die Sozialdemokratie aber nicht stehen bleiben. Auch die Kartoffeln müssen verbilligt werden; und Fleisch und Fett ebenfalls. Die Landwirtschaft soll auch ihren Anteil tragen am deutschen Elend! Wir brauchen wieder eine organisierte Verbraucherswirtschaft!

In einer Regierung, die nicht alles tut, um das äußerste Elend vom Volke fernzuhalten, ist für uns kein Platz mehr; zunächst und vor allem sind wir eine Arbeiterpartei. Ist in Deutschland heute noch eine Regierung möglich, die die gesamte Arbeiterschaft gegen sich hat? Die Deutschnationalen arbeiten ja auf eine solche Regierung hin. Gut, lasse man es einmal auf einen solchen Versuch ankommen.

Das Volk braucht das tägliche Brot! Das ist des Regierens erstes Erfordernis. Ist der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht in der Lage, dieses Erfordernis zu erfüllen, so möge er das dem Volke jagen und sich auflösen. Die Neuwahlen werden dann den Willen des Volkes kund tun. Ob für die Agrarier und Schieber regiert werden soll, oder für die Massen der Arbeitenden und Notleidenden!

Wenn auch dann noch große Volkskreise nicht wissen sollten, wo sie hingehören; wenn auch dann noch Hunderttausende Hungernde und Darbende für die Parteien der Brotverteuerung eintreten würden, dann allerdings ist dem Volke nicht helfen. Dann sehen auch wir keinen Ausweg mehr aus der Not: Dann hat das deutsche Volk eben die Regierung, die ihm gebührt. Dann wird der Klassenbewußten Arbeiterschaft nichts anderes mehr übrig bleiben, als für sich selbst zu sorgen und die übrigen notleidenden Volkskreise ihrem Schicksal, d. h. den Schlächtern, die sie selbst gewählt haben, zu überlassen!

Keinen Andeutungen ein Hinweis darauf gesehen, daß schon in nächster Zeit die Neuwahlen stattfinden und sich eine neue Gruppierung der Parteien ergeben würde. Wie der politische Mitarbeiter der „Sunday Times“ erklärt, werde die Regierung bereits Anfang nächster Woche zur Auflösung des Parlaments übergehen. Alle diese Nachrichten sind vorläufig durchaus unsicher und es ist keine Handhabe vorhanden, eine bestimmte Voraussage über die politischen Entscheidungen der englischen Regierung zu machen.

W.B. London, 16. Oktober.

Der „Daily Express“ schreibt, die Rede Lloyd Georges sei vom internationalen Gesichtspunkt aus gesehen äußerst unglücklich. Er leite eine Ära des Wohlwollens mit einem Angriff auf die Türkei und einer Kritik an Frankreich ein, die Poincaré zu öffentlicher Antwort zwingen würde. — Die „Times“ meint, die Rede werde in weiten Kreisen zum mindesten Enttäuschung hervorrufen. In den nächsten Tagen oder gar Stunden könne es sich entscheiden, ob eine Kabinettskrise oder eine sofortige Auflösung des Parlaments bevorstehe und ob die konservative Partei in der Lage sein werde, als vereinigte Körperschaft in die Wahlen zu gehen oder sich spalten werde.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ bemerkt, niemals habe ein britischer Staatsmann nach einer ersten Krise eine so pessimistische Rede gehalten. Diese Rede enthalte die Tatsache, daß Lloyd George sein Amt niederlegen werde.

Der Streit um die Beamtengehälter.

Berlin, 16. Oktober.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hielt am gestrigen Sonntag eine Versammlung ab, in der Abgeordneter Steinbock in sehr heftiger Weise die Regierung wegen des Scheiterns der Besoldungsverhandlungen angriff. Nach einer längeren Diskussion wurde eine Entschlieung angenommen, in der von der Versammlung die Erhöhung der Grundgehälter, eine gleich hohe Teuerungss- und Frauenzulage für alle Beamten, eine Erhöhung des Kopfschuldschlages und eine gerechte Besoldungsreform bis zum 1. April gefordert wird. Die Beamtenschaft stellte sich, so heißt es, zur Erreichung dieser Forderungen hinter die Spitzenorganisationen und werde evtl. von allen gewerkschaftlichen Mitteln zur Erlangung der, genannten Bedingungen Gebrauch machen.

Dollar 2800.

Sakenkreuzler und Kommunisten.

Die innere Stadt Berlins wurde am Vormittag des letzten Sonntags zum Schauplatz wilder Kämpfe, bei denen es einen Toten und zahlreiche mehr oder minder schwer Verletzte gab. Anlaß zu diesen Kämpfen gab eine vom „Bund für Freiheit und Ordnung“ einberufene Versammlung und ein kommunistischer Versuch, sie gekaltstam zu sprengen.

Der „Bund für Ordnung und Freiheit“ ist von uns schon gekennzeichnet worden. Er ist eine Organisation zur Organisierung des Streikbrotts, eine schwarz-weiß-rote sakenkreuzlerische Gesellschaft. In seiner Versammlung, die trotz des kommunistischen Sprengungsversuchs stattfinden konnte, ließ man den Mörder Lechow hochleben, schwante man schwarz-weißrote Fahnen mit der Aufschrift „Für Kaiser und Reich“, kurz, man benahm sich dort so, daß ein Verbot der Versammlung auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wohl berechtigt gewesen wäre. Ein Verbot der Organisation und ihrer Veranstaltungen ist aber bisher unterblieben, und zwar aus einem sehr eigentümlichen Grunde. Der Bund konnte nämlich nachweisen, daß seinem Vorstand nicht bloß volksparteiliche Abgeordnete wie Herr Geisler, sondern auch Zentrumsführer, wie der Abgeordnete und deutsche Gesandte in Wien, Dr. Pfeifer, sowie der Demokrat Kopsch als Mitglieder angehörten. Dagegen konnte der Berliner sozialdemokratische Polizeipräsident nicht, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, eine gegen seine eigene Partei gerichtete Vereinigung aus allen bürgerlichen Kreisen willkürlich unterdrückt zu haben.

Hätte die Versammlung im Zirkus Busch diesmal noch ungestört stattfinden können, so wäre der Austritt der genannten bürgerlichen Politiker aus dem Bund und sein polizeiliches Verbot die voranschreitende Folge gewesen. Den Kommunisten aber gelang es, dem itagwürdigen Bund zu einem förmlichen Triumph zu verhelfen, indem sie den tölpelhaftesten Beschluß faßten, die von der Polizei erlaubte Versammlung gewaltsam zu verhindern. Dieser Beschluß wurde noch dünner ausgeführt als er selber war. Tagelang kündigte die „Rote Fahne“ ein gewalttames Vorgehen ihrer Anhänger gegen jene Versammlung an, und am Sonntag morgen um 7 Uhr — die Versammlung war für 10 Uhr angesetzt — rüdten schon kommunistische Stoßtrupps, von langen Sammelkolonnen begleitet, auf dem Kriegsschauplatz an. Unter solchen Umständen blieb der Polizei gar nichts anderes übrig, als gegen die Angreifer, die mit ihren Offenstichtwaffen geradezu punkten, zum Schutze des Versammlungslokals vorzugehen. Da die Polizei die Versammlung nicht verboten hatte — gleichgültig, ob es richtig war, sie nicht zu verbieten —, blieb ihr gar nichts anderes übrig, als die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit und das Leben der Versammlungsbesucher gegen offen zur Schau getragene Anarchoabsichten zu schützen. So kam es von 7 Uhr früh bis gegen Mittag zu einer Reihe von wilden Kämpfen, bei denen ziemlich viel Blut floß und sogar auch ein Tozer liegen blieb.

Das verhältnismäßig heinlaute Verhalten der „Roten Fahne“ am Montag läßt darauf schließen, daß bei den Berliner Kommunisten ob ihrer neuesten Leistung ein nicht unbeträchtlicher Reuejammer herrscht. Der Befehl zum Kampf ist durch eine kommunistische Funktionärversammlung vom letzten Freitag gegeben worden, wo man sich zunächst über andere Fragen beinahe prügelte, worauf der im Saal verbliebene Rest im Handumdrehen den Beschluß faßte, am Sonntag morgen den Zirkus Busch mit den militärischen Machtmitteln der Partei anzugreifen. Wie gewöhnlich, hat auch diesmal die kommunistische Soldatenspielerlei mit einem zerstückelten Mißerfolg geendet. Nach dem Verlust von Toten, Verwundeten und Gefangenen zieht man sich zurück und heult über die angebliche reaktionäre Einheitsfront von Helfertich bis Crispian, oder von Ludendorff bis Wolff Hoffmann. Es ist erdäuernd, daß dieses idiotische Spiel immer noch wiederholt wird. In Berlin war es am Sonntag freilich so, daß bei den kommunistischen Stoßtrupps so gut wie gar keine Arbeiter zu sehen waren, die Obdachlosen-Misere hatten ihren Inhalt gegen Bezahlung hergeben müssen.

Was die reaktionäre Presse von großangelegten Plänen unter russischer Leitung schreibt, ist natürlich harer Annehm. Hätte den Berliner Kommunisten auch nur ein Unteroffizier der russischen Roten Armee zur Verfügung gestanden, so wäre ein so unerschütterlicher Anmarsch und ein so ständiger Mißerfolg nicht möglich gewesen. Die reaktionäre Presse hat aber natürlich das größte Interesse daran, die Berliner Verhältnisse nach Kräften aufzuklären. Das Ergebnis des Rachenau-Prozesses war für ihre Sache auf schwerste kompromittierend. Die Berliner Zirkus-Busch-Versammlung hätte ihn bei ungehörtem Verlaufe den höchsten Schaden bereitet. Da kommt dieser blödsinnige kommunistische Ueberfall für sie wie ein wahres Gottesgeschick.

Schon haben die Deutschnationalen eine Internationalkonferenz im Reichstag eingeholt. Der „Bund für Ordnung und Freiheit“ spielt sich als Märtyrer auf und lammet für seine Opfer. Die reaktionäre Presse fordert die Abkündigung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter, der die Versammlungsfreiheit und die persönliche Sicherheit nicht genügend schützte, während nach den Versicherungen der „Roten Fahne“ derselbe Polizeipräsident Richter nichts anderes als ein Helfer der Ordeh ist. Kurzum, die Berrücktheit und die klandestine Heke toben sich von beiden Seiten aus, als ob ganz Deutschland nur dazu da wäre, für die Kämpfe der Rechts- und Linksheerführer miteinander zum Schlachtfeld zu ziehen. Inzwischen ist an der Berliner Börse der Dollar wieder trotz Devisenordnung auf annähernd 3000 gestiegen.

Das wertbeständige Goldpapier.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines wertbeständigen Goldpapiers. Es handelt sich um ein Zahlungsmittel, das im Inlande nach dem jeweiligen Werte des Dollars in Zahlung genommen werden soll. Die Beratungen des Reichskabinetts wurden am Montag noch nicht abgeschlossen. Außerdem genehmigte das Kabinett die Strafverfolgung eines Hauptmanns wegen Beleidigung des verstorbenen Ministers Rathenau.

England vor Neuwahlen.

Sofortige Wahl oder Rücktritt Lloyd Georges!

London, 16. Oktober.

Lloyd Georges Reise nach Lancashire war größter persönlicher Triumph. Die Entscheidung über das Wahldatum dürfte auf der heutigen Versammlung der konservativen Minister erfolgen; sie müssen wählen zwischen der sofortigen Wahl, die Lloyd George will, und seinem Rücktritt.

Die Krise absorbiert die öffentliche Aufmerksamkeit Englands so völlig, daß die Presse keine Zeit für eine Diskussion des Planes Bradburns, in dessen Annahme dieser die letzte Chance zur Rettung der Situation sieht, findet.

Lloyd George verteidigt sich.

Am Sonnabend hat der englische Premierminister in Manchester die angekündigte große Rede gehalten, in der er seine Position gegen die Angriffe von links und rechts verteidigte. In erster Linie war es die Haltung des englischen Kabinetts in der Frage des Orientproblems, die er zum Gegenstand seiner Antikritik machte. Lloyd George behauptete, es sei der Zweck der Regierung gewesen, einmal die Freiheit der Meeresengen zu wahren, die lebenswichtig für England sei, zweitens aber zu verhindern, daß der Krieg nach Europa übergreife. Lloyd George wandte sich bei diesen Ausführungen lebhaft gegen die Türken. Es dürfte nicht geuldet werden, daß diese von neuem den Bosphorus überschritten und Konstantinopel und Thrakien in ihre Hände brächten. Lloyd George gab in seiner Verteidigung gegen einzelne Führer der Opposition zu erkennen, daß er nicht gewillt sei, kampflös von seinem Amt abzutreten. Solange er das Schwert in der Hand habe, jagte er, werde er es zu führen verstehen. Trotzdem reizte es ihn, auch einmal von außen her zuzuschauen, wie andere es besser machen würden. Das sei eine Aufgabe, die er sich noch aufgespart habe.

Die Schlußausführungen Lloyd Georges werden in der Presse und in den Berichten der Nachrichtenagenturen verächtlich ausgedeutet. Das Reutersche Bureau ist der Meinung, der Premierminister habe sagen wollen, daß er zwar in nächster Zeit noch nicht beabsichtige zurückzutreten, jedoch zurückzutreten werde, sobald die Opposition an Ausdehnung gewinne. Nach andern Meldungen soll Lloyd George die Absicht, zurückzutreten, deutlicher kundgetan haben und in Verbindung damit wird in

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Am Montag fand in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichsfinanziers eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien im Beisein von Vertretern der Volkspartei über die Wahl des Reichspräsidenten statt. Die Sozialdemokratie war durch die Genossen Hermann Müller und Dittmann vertreten.

Stresemann entwickelte in der Sitzung nochmals die Auffassung des Vorstandes der Volkspartei, der bekanntlich aus politischen Gründen gegen eine Wahl am 3. Dezember ist. Seine Ausführungen, die schon in der am Sonntagabend abgehaltenen Sitzung der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft Anklang fanden, verfehlten ihre Wirkung bei den Vertretern des Zentrums und der Demokraten nicht. Für die Sozialdemokratie erklärte Gen. Hermann Müller, daß die Partei nach wie vor für die Vornahme der Wahl am 3. Dezember eintritt. Diese Erklärung ergänzte Müller durch seine persönliche Meinung dahingehend, daß jetzt die provisorische Stellung des Reichspräsidenten in ein definitives umgewandelt werden könne und Reichspräsident Ebert als endgültiger Präsident des Deutschen Reiches in Anrechnung seiner vorläufigen Amtszeit auf sieben Jahre vom Reichstag bestätigt wird.

Diese von Müller gekennzeichnete Lösung, die bereits bei den bürgerlichen Parteien auf Bedenken stößt, ist nur durch einen entscheidungsändernden Zweidrittel-Mehrheitsbeschluß des Reichstages durchführbar. Für die Sozialdemokratie ist nur eine der beiden von Müller angeführten Lösungen denkbar: Entweder: Volkswahl am 3. Dezember oder Bestätigung des jetzigen Reichspräsidenten als definitiven Präsidenten der Deutschen Republik mit siebenjähriger Amtszeit durch den Reichstag.

Am Dienstag werden sich die Fraktionen mit der Präsidentenwahl beschäftigen und zu den beiden Lösungsmöglichkeiten Stellung zu nehmen haben. Es kann sich nicht „um die Festsetzung des Termins, bis zu dem die Wahl verschoben werden soll“, handeln, wie die volksparteiliche „Zeit“ erst in ihrer gestrigen Spätabendausgabe sagt, sondern nur um Vornahme der Wahl oder Schaffung eines Definitivums. Die Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird jedenfalls über die Situation die notwendige Klarheit schaffen.

Der polnische Transitverkehr.

SPD. Warschau, Mitte Oktober. (Eig. Ber.)

Im polnisch-russischen Friedensvertrag von Riga hat Polen den Transit aller Waren durch polnisches Gebiet nach Rußland zugestanden mit alleiniger Ausnahme der deutschen und österreichischen Waren. Österreich war hier nur aufgenommen, um diesen Vertragspunkt nicht allzu offensichtlich als Repressalie gegen Deutschland hinzustellen. Daß Polen mit dieser Bestimmung eine verbotene Waffe gegen Deutschland haben wollte, geht auch daraus hervor, daß ein geheim gehaltenes Zusatz zu diesem Vertrag den Transit in einzelnen Fällen vorbehaltlich der Zustimmung Lokals gestattete.

Im Juli des Jahres hat Polen bei den Vorbesprechungen, die für die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau stattfanden, auf diese angedeutete Bestimmung des Rigaer Vertrages verzichtet und den Transit durch Polen auch für Deutschland zugestanden. In letzter Zeit macht sich aber in gewissen Warschauer Kreisen eine Opposition gegen dieses Zugeständnis geltend. Sogar der Wirtschaftsbeirat beim polnischen Ministerium für Handel und Industrie hat diese Konzession kritisiert und überhaupt den Abschluß eines deutsch-polnischen Vertrages als nicht dringend bezeichnet. Daß diese Stellungnahme rein taktisch ist und wesentlich bezweckt, weitere polnische Forderungen bei den jetzt in Dresden geführten deutsch-polnischen Verhandlungen zu stützen, geht schon daraus hervor, daß sie sogar in der polnischen Rechtsprelle nicht unumstritten geblieben ist.

Tatsächlich ist der deutsch-russische Transit durch Polen eine Verkehrsmöglichkeit, an der Deutschland und Polen in gleicher Weise Interesse haben. Die polnische Eisenbahn ist trotz anerkennenswerter technischer Fortschritte finanziell in so trauriger Lage, daß immer und immer wieder im Finanzministerium der Plan einer Verpachtung der Staatsbahnen erörtert wird. Ein reger Transitverkehr würde nur günstig auf die Finanzen der polnischen Bahnen einwirken. Es braucht in diesem Zusammenhang nur auf die baltischen Staaten hingewiesen zu werden, die aus dem russischen Transitverkehr ganz erhebliche Einnahmen ziehen. Deutschland einerseits hat auch ohne den Landweg durch Polen den Verkehr über die Ostsee zur Verfügung, der für Nordrußland sogar praktischer sein dürfte. Trotzdem wäre für den deutschen Export nach Mittel- und Südrußland der Bahnverkehr sehr wertvoll, natürlich nur, wenn Polen nicht etwa durch technische Schwierigkeiten einen solchen Verkehr hemmt.

Um einen deutsch-russischen Warenverkehr durch Polen zu größerer Bedeutung kommen zu lassen, ist endlich eine Sanierung der Wirtschaftsverhältnisse ganz Mittel- und Osteuropas nötig. Aber auch hier gehen die Interessen Deutschlands und Polens parallel. Man braucht nur daran zu erinnern, daß der Dollar in Warschau preis mit dem Dollarkurs in Berlin steigt. Am 11. Oktober lag er in Warschau zum erstenmal über 11 000.

Polen sollte also in wirtschaftlichen Dingen, zunächst bei den Dresdener Verhandlungen, nach der Erkenntnis handeln, daß es hier nicht um feintönige Werte, sondern um ein gemeinsames Interesse geht.

Stichwahlen für die Sowjets.

Seljingfors, 13. Oktober.

In den Gouvernements von Archangel, Iseropol, Wolga, Wjatka und Perm wurden in den Stichwahlen für die Dornwahlen 70 Prozent, in manchen nördlichen Kreisen sogar 90 Prozent Parteimitglieder gewählt. In den Gouvernementsstädten wurden die Wahlen von Unruhen, die von den Mitgliedern der kommunistischen Partei hervorgerufen wurden, welche die Beeinträchtigung der Wähler verurteilten, begleitet. Gewalttätigkeiten, Drohungen, Beschimpfungen und Verhaftungen fanden in Wologda und Archangel statt, wo die Regierung der Arbeiter für die Parteimitglieder gestimmt hat und die Kommunisten trotz all ihrer Maßnahmen nur 45 Prozent der Stimmen haben auf sich vereinen können. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre 50 Prozent der Wähler sich an den Stichwahlen beteiligt haben.

Der Reichsrat.

Der Reichsrat beschäftigte in seiner Sitzung vom Montag die 7. Ergänzung zum Besoldungsgesetz und den 4. Nachtragsgesetz für 1922. Die Kreditbewilligung für den Reichsfinanzminister wurde um 120 Millionen Mark erhöht. Diese Erhöhung ist zum Überwinden der Lücke nötig, wegen der Zahlungen aus dem Friedensvertrage. Auf Grund des Rotationsgesetzes vom 21. März d. J. waren 720 Millionen Geldmark in der Summe 1450 Millionen Geldmark in Sachleistungen zu zahlen, das

waren nach einem Umrechnungsverhältnis von 1 : 70 151,9 Papiermark. Heute muß ein Umrechnungsverhältnis von 1 : 700 den Berechnungen zugrunde gelegt werden, jedoch wird also 1519 Papiermark zu zahlen haben. Der Reichsgetreidekasse wurde ein Kredit von 120 Millionen zur Bezahlung des Umlagegetreides und zum Ankauf von ausländischem Getreide zur Verfügung gestellt. Die bisherigen Rentensätze für Kriegsinvaliden wurden verdoppelt. Der Reichsrat beschäftigte sich dann mit dem Gesetzentwurf über die Kosten der Stimmzettel bei der Wahl des Reichspräsidenten. Die Vorlage bestimmt im allgemeinen, daß der Zuschuß des Reiches im Einvernehmen mit dem Reichsrat und dem Reichstag bestimmt werden soll. Eine Parole, die weniger als eine Million Stimmen erhält, hat keinen Anspruch auf einen Zuschuß. Die Bestimmung, daß bei der Wahl am 3. Dezember für jede gültige Stimme ein Zuschuß von zwei Mark gezahlt werden soll, wurde gestrichen, wohl aber erklärte sich der Reichsrat damit einverstanden, für diese Wahl den Zuschuß in der Höhe von zwei Mark pro Stimme zu leisten. Alsdann wurde gegen die Stimmen Sachsen und der drei Hansestädte der Gesetzentwurf über die Verminderung der Kosten des Reiches aus der Gesetzgebung über die Entschädigung und das Ausgleichsverfahren aus Anlaß des Friedensvertrages von Versailles verabschiedet. Die Vorlage gerät in das Liquidationsverfahren, das Gesetz zur Abänderung des Reichsausgleichsgesetzes und in das sogenannte Reichsentlastungsgesetz. Angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf, der den unpfändbaren Lohn auf 100 000 Mk. und die weitere bewegliche Grenze auf 300 000 Mark erhöht. Auch der Gesetzentwurf fand Annahme, der das Tagelohn für Zeugen und Sachverständige an teuren Orten auf 240 Mk., an billigeren auf 180 Mk. erhöht. Das Uebernahmungsgeld soll drei Viertel dieser Sätze betragen.

Ein verspäteter Prozeß.

Die blutigen Märztage 1919 hatten am Montag vor einem Berliner Schwurgericht ein nicht uninteressantes Nachspiel. Der ehemalige Leutnant Czefalla und der Major der Reserve v. Derken hatten sich wegen Totschlages zu verantworten. Der Angeklagte C. soll damals den Klempnermeister Wallmann und den Rentier Abrahamsohn vorzüglich erschossen haben, während die Anklage dem Angeklagten v. Derken Anstiftung zur Tötung vorwirft. Der Angeklagte betraf sich auf die Anweisung, diejenigen zu erschließen, die im Besitze von Waffen angetroffen würden. Dieser Befehl habe aber ebensowenig wie der vielumstrittene Moskier-Erlass nicht schriftlich vorgelesen, sondern sei von Mund zu Mund weitergegangen worden. Erst später habe der Angeklagte erfahren, daß dieser Moskier-Erlass abgeändert worden sei. Für ihn habe daher lediglich der Befehl bestanden, Leute, die im Besitze von Waffen betroffen werden, standrechtlich zu erschließen. Diese Voraussetzungen waren gegeben, als der Befehl zur Erschießung von Wallmann und Abrahamsohn erteilt wurde. Unter den Zeugen befand sich auch der damalige Oberbefehlshaber und jetzige Oberpräsident Moske, der ein Bild von der Geschichte und Entstehung seines Befehls gab. Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfrage zu verneinen. Die Geschworenen schlossen sich dem an, worauf die beiden Angeklagten freigesprochen wurden.

Faschismus in Bayern.

SPD. Augsburg, 16. Okt. (Eig. Drahtber.)

Offenbar angeregt durch das Beispiel der italienischen Faschisten entfalten die bayrischen Nationalsozialisten in der letzten Zeit eine ganz auffallend lebhaftige Tätigkeit. Der bekannte nationalsozialistische Führer Hitler zieht mit seinen Stützpunkten von Ort zu Ort. In Rosenheim bewirkte er jüngst mit seinen Leuten auf dem Marktplatz. In Bad Tölz erschien er, umgeben von seinen bewaffneten Mannschaften, in einer Versammlung. In Altdorf trat er mit drei Postautos mit ungefähr 150 Mann auf, besetzte die Straßen des Ortes und ließ drei Arbeiter verprügeln. Am Sonntag war er unter Begleitung eines Erziehungsganges nach Koburg gefahren. Im bayrischen Oberland hat er durch seine Gesandten in den Waffengeschäften Waffen aufkaufen. In der nationalsozialistischen Presse und in nationalsozialistischen Versammlungen wird die bayerische Regierung fortwährend auf das arbeitslose Problem. Die Verpöbelung von Juden und die Demolierung des Deutschen Theater-Cafés in München ist noch in aller Erinnerung. Augenblicklich verüben die Nationalsozialisten aus dunklen Quellen über große Geldmittel. Die bayerische Regierung steht diesem ordnungswidrigen, skandalösen Treiben tatenlos zu. Die Staatsanwaltschaft lehnt es ab, gegen die Landfriedensbrecher einzuschreiten.

Die geistigen Arbeiter.

Uebersetzung in praktische Berufe.

Das Reich hat bekanntlich bisher für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 20 Millionen Mark in den Etat eingestellt. Diese Summe wurde im vorigen Jahre auf 40 Millionen erhöht. Im neuen Etat wird auf Veranlassung der Kulturabteilung des Reichsinnenministeriums, die unter der Leitung des Staatssekretärs Heinrich Schulz steht, nun eine erheblich größere Summe erscheinen. Weil aber durch die steigende Gelbentwertung die Mittel zur Fortführung der wissenschaftlichen Arbeiten zusehends bedenklich zusammenschmelzen, wird Staatssekretär Schulz auch für den Nachtragsetat einen ansehnlichen Betrag fordern, dessen Größe im Augenblick noch nicht festgesetzt ist, da erst der Umfang der durch den Nachtragsetat einzusetzenden Schenkung der Wissenschaft festgestellt werden muß. Ferner wird, wie wir hören, eine Notgemeinschaft der deutschen Kunst geschaffen werden. Auch hierfür werden beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Alle diese Gelder des Reiches können natürlich nur der Förderung der Wissenschaft und Kunst und höchstens nur ganz indirekt der Unterhaltung der Wissenschaftler und Künstler zugute kommen. Sozialpolitische Maßnahmen des Reiches zugunsten der arbeitenden geistigen Arbeiter zu treffen, wäre Sache des Reichsarbeitsministeriums. Im Reichsarbeitsministerium sind besondere Hilfsmaßnahmen für eine Unterbringung der geistigen Arbeiter bis jetzt nicht geplant, weil man es für unannehmlich hält, daß sich ein großer Teil der geistigen Arbeiter praktischen Berufen zuwenden wird. In diesem Falle müßten dann die Arbeitsmaßnahmen dafür sorgen, die schwer mitgenommenen Angehörigen der freien Berufe irgendwo unterzubringen. Tatsächlich werden auch, trotzdem bei der Stellenvermittlung für die Geistesarbeiter, ähnlich wie bei den Offizieren, persönliche Beziehungen eine große Rolle spielen. Die Arbeitsnachweise häufig in Anspruch genommen. Es sind, wie wir hören, besonders die kaufmännischen Abteilungen der Arbeitsnachweise, die bereits eine Anzahl der geistigen Arbeiter bei Behörden und Firmen untergebracht haben, wo sie zunächst für praktische Arbeiten, Registratorarbeiten und dergleichen Verwendung finden und dann schließlich mit einem Monatsgehalt von 10—14 000 Mk. entlohnt werden.

Die Abwanderung der geistigen Arbeiter in praktische Berufe ist die beste Lösung der im ersten Augenblick so schwerig erscheinenden Frage. Wenn der Kreis der freien Geistesarbeiter etwas zusammenkrumpft, so braucht das durchaus noch nicht mit einer kulturellen Schädigung gleichbedeutend zu sein; denn zweifellos gibt es auch eine ganze Menge „Künstler“ und „Doktoren“, die für wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeit nicht berufen waren und besser in irgend einem praktischen Berufe ihr Brot erwerben. Und wenn ein Teil der früher selbständigen Geistesarbeiter nunmehr im Rahmen einer nicht kulturwidrig langen Arbeitszeit ihre geistigen Interessen pflegen, wie das z. B. früher innerhalb des Handwerks der Fall war, so ist das sicherlich kein Unglück.

Der „Bund für Freiheit und Ordnung“.

Eine Antistreibliga.

Durch die Berliner Straßentravale vom Sonntag ist die Öffentlichkeit auf den merkwürdigen „Bund für Freiheit und Ordnung“ etwas stärker aufmerksam gemacht worden. Nach dem Zusammenstoß tauchte die Frage auf, ob es nicht besser gewesen wäre, die Versammlung dieses eigenartigen Bundes zu verbieten. Uns erscheint es als angebracht, mehr noch als nach die Versammlung dieses Bundes zu verbieten.

Dieser Bund ist nach der „Vossischen Zeitung“ eine völlig überflüssige Antistreibliga. „Gegen willkürliche Streiks“, betont das Blatt, „besonders in lebenswichtigen Betrieben, hat sich die Technische Nothilfe bisher als ausreichend genug erwiesen, und es ist nicht einzusehen, inwiefern ein solcher Bund rascher oder zuverlässiger in Aktion treten könnte als die Technische Nothilfe, die einer Ergänzung nicht bedarf. Diese Feststellung ist wichtig, daß die Technische Nothilfe mit diesem Bund und seinen Bestrebungen gar nichts zu tun hat.“ Noch schärfer als das demokratische Blatt geht die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit dem „Bund für Freiheit und Ordnung“ ins Gericht. Das Blatt betont, es wäre zu unteruchen, was es mit diesem Bund eigentlich auf sich hat und welche Bestrebungen jetzt hinter der „einheitlich harmlos und zwischenparteilich gegründeten Organisation“ stehen. „Die in der Versammlung gehaltenen Reden und die ganze nationalsozialistische, monarchistische und antisemitische Aufmachung scheinen uns zu bestätigen, daß der im vorigen Frühjahr gegründete Bund inzwischen in ein ganz anderes Fahrwasser geraten ist und daß die Abgeordneten der Mittelparteien, die noch da sind, sich schleunigst zurückziehen sollten. Es erscheint uns als ein Hohn, daß während der Geltung des „Gesetzes zum Schutz der Republik“ eine derartige antirepublikanische Veranstaltung von der Polizei gefördert und geschützt wird.“

Vielleicht erscheint es auch den maßgebenden Instanzen als ein Hohn!

Konnten wir weiterkämpfen?

Das „Militär-Wochenblatt“ bringt — natürlich an leitender Stelle — eine Besprechung des neuesten Kronprinzen-Schmöbels, die der Generalmajor v. Borries geschrieben hat. Uns würde weder das Buch noch seine Rezension interessieren (alles deutet auf überflüssiges Kriegsberichterstattungstum); wenn nicht bei der Besprechung des bekannten kronprinzipalen Pessimismus dem General v. Borries folgende Sätze entfahren wären:

Die Sorge um den Kriegsausgang wurde wieder rege nach dem blenden Erfolg seiner Heeresgruppe im Mai-Angriff 1918 über den Chemin-des-Dames. Gerade nach diesem Siege zeigten sich ihm die Schwierigkeiten der Lage, weil die Angriffsmittel unzureichend geworden waren, um eine wirkliche Kriegsentcheidung zu erzwingen.

Es ist merkwürdig, sobald die schreibenden Generale gerade einmal nicht daran denken, daß sie Dolchstoßlegenden zu fabrizieren haben, erzählt man von ihnen ganz anschauliche Wahrheiten. Sonst erzählen uns die Deutschnationalen, daß der „zum Greifen nahe Sieg“ nur durch den Dolchstoß verhindert worden sei. Hier gibt ein Militär von Rang zu, daß selbst nach einem großen taktischen Erfolge die Entscheidung nicht mehr erzwungen werden konnte, weil die Angriffsmittel zu gering waren. Die Dolchstoßlüge läuft sich rasend schnell ihre kurzen Beine ab.

Der angebetete Wilhelm.

Armjetige Demokraten.

Die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei im Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen hatte im Plenum des Provinziallandtages den Antrag gestellt, die Kaiserbilder aus den Räumlichkeiten des Landeshauptes zu entfernen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten abgelehnt. Damit jedoch nicht genug, man hielt es auch noch nicht einmal für notwendig, in eine Erörterung des Antrages einzutreten, der doch nur der Verordnung des preußischen Innenministers entspricht.

Ebenso lehnte der Provinziallandtag den sozialdemokratischen Antrag ab, den Freiherrn v. Gajl in Anbetracht seiner Tätigkeit für den staatsfeindlichen Heimabund und infolge seiner Ablehnung des Gesetzes zum Schutze der Republik, als Vertreter der Provinz im Reichsrat zu entheben. v. Gajl war bekanntlich Organisator der blutbesetzten Hindenburgempfangs Mitte dieses Jahres.

Eine vorbildliche Regierung.

Das Thüringische Ministerium für Volksbildung gibt unter dem Titel „Republik und Jugend“ Blätter zur staatsbürgerlichen Aufklärung und Bildung heraus. Wir haben einige dieser Blätter durchgesehen und müssen erklären, daß Zweckmäßigeres zur Verbreitung politischen Wissens uns noch von keiner deutschen Amtsstelle zu Gesicht gekommen ist. Die Nummer 3 z. B. schildert mit musterhaftiger Klarheit und Objektivität den Ausbruch des Weltkrieges. Man sieht, wie nützliche Arbeit eine sozialistische Regierung leisten kann, wenn die richtigen Männer in ihr sitzen. Wie würde wohl die „Volksaufklärung“ in Lübeck aussehen, wenn unsere Oberprüfbehörde sie in die Hand nähme?

Das Geschäft blüht.

Die Zahl der Konturte hat in Deutschland einen erfreulichen Tiefstand erreicht. Im September hatten wir nur 44 Konturte gegenüber 53 im August und gegenüber 248 im September 1921. Im dritten Vierteljahr 1922 sind nur 175 Konturte eröffnet worden gegenüber 829 im dritten Vierteljahr 1921. Augenblicklich kommen also bei den heutigen Preisen alle Verkäufer sehr gut auf ihre Rechnung, die Millionen der Konsumenten können nicht daselbst von sich behaupten. (W. a. W.)

Lübeds Zukunft im sozialdemokratischen Gesichtswinkel.

Abchnitt III der Artikelreihe „Der schiefe Gesichtswinkel“.

Die Kritiker der Sozialdemokratie verfallen in der Regel dem Fehler, den Sozialismus als eine reine Parteiangelegenheit zu betrachten; er ist eine Menschenfrage. Wäre er das nicht, wie würde er seine internationale Bedeutung erlangt haben. Er ist als organische Reaktion des Kapitalismus nicht nur, wie dieser, eine Zivilisationserscheinung, sondern eine Kulturercheinung. Der Sozialismus braucht deshalb keine Klassen-Weltanschauung zu sein, wie es denn einen dogmatischen Sozialismus überhaupt nicht gibt; er kann die Weltanschauung einer Nation, einer größeren staatsbürgerlich abgeschlossenen Bevölkerungsgemeinschaft sein, und er soll das, wie wir meinen, werden. Diese Überlegungen sind für diejenigen nötig, die eine staatsbürgerliche Fruchtbarkeit des Sozialismus verneinen, ihn als staatsfeindlich betrachten, ohne zu merken, daß sie den Begriff „staatsfeindlich“ verwechseln mit der durch den Sozialismus zu erwartenden Einengung der individuellen materialistischen Betätigung. Und so werden die nächsten Jahre schärfste Auseinandersetzungen zwischen Individualismus und Sozialismus bringen.

Für diese Kämpfe braucht die Sozialdemokratie den Nachweis, daß sie die Entwicklung eines Staatswesens vorwärts bringen kann. Da die Wirtschaftsformen des Lübedischen Staates gleich denen des Reiches und der Erde, kapitalistische geblieben sind, würde eine sozialdemokratische Staatsführung Beziehungen zu den Vertretern dieser Wirtschaftsform suchen müssen. Die Industrie hat für ein staatspolitisches und staatswirtschaftliches Zusammenarbeiten mit einer sozialdemokratischen Staatsleitung ein realpolitisches Verständnis, das sie nicht hindert, in ihrem parteipolitischen Turm Glocken anderer Tonart aufzuhängen. Ungleich schwieriger ist die kommunalpolitische Mitwirkung der aus der Führung der Staatsgeschäfte herausgedrängten Kaufmannschaft zu erreichen. Ich habe von der politischen Zersplittertheit und Indolenz dieser Staatsbürgergruppe gesprochen; schlimmer noch ist ihre Art der Revolution stark entwickelte Neigung zum kommunalpolitischen Hagestolz. Ihre Passivität in vaterstädtischen Angelegenheiten geht soweit, daß sie ohne geringste innere Anteilnahme eine ihr traditionell auf den Leib gewachsene Organisation, die „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten“ verelenden ließ, und fasthütig zugrunde gehen lassen wird. Sie tut das in der scharf in Erscheinung tretenden Absicht, in einem Staatswesen, dessen Führung auf wichtigen Gebieten ausschließlich in den Händen der Sozialdemokratie liegt, auch noch die noch vorhandenen organischen Grundlagen für freiwillige gemeinnützige Arbeit zu zerstören, da sie an einem Lübedischen Freistaat, der nicht von ihr regiert wird, kein lebendiges Interesse mehr hat.

Das Lübeder Handwerk steht der kommunalpolitischen Sachlage etwas objektiver gegenüber; einige schreiende Außenseiter haben keinen nennenden Einfluß. Es hat in seinen wirtschaftlichen Beziehungen zum Staate keinerlei Veränderungen erlebt. Es hat aus den ihnen jetzt allerdings unter den Händen zerfallenden Konjunkturgewinnen sichtsichere soziale Arbeit für seine Mitglieder geleistet. Und ich habe die Überzeugung, daß bei starker kritischer Stellungnahme zur subjektiven „Schönheit“ ihrer Interessensvertretungen zu einer objektiven kommunalpolitischen Mitwirkung gutes Nützliches mitbringen kann.

Die Lübeder Landwirtschaft ist, obwohl die größte Nutznieherin der allgemeinen Wirtschaftslage, die der staatsbürgerlichen Gemeinschaft gefährlichste Berufsgruppe geworden. Aus der mittelalterlichen Wuchererzeugung des Freistaates ergibt sich, daß eine gewisse traditionelle Belastung nicht von der Hand gewiesen werden kann. Eine objektive Mitwirkung an der Wiederaufwärtsentwicklung Lübeds ist von dieser Seite nicht zu erwarten.

Während Arbeiter und Angestellte. Die Arbeiterschaft ist nicht frei von irrigen Auffassungen der heutigen Staatsaufgaben. Ihre oft leidenschaftlich vertretene Ansicht, „der Staat könne alles, was er ernstlich wolle, da er die Steuererhebung und die Naturobjekte seines Hoheitsgebietes in der Hand habe“, wird den Verhältnissen, wie sie der Boden der Wirklichkeit zeigt, nicht gerecht.

In der generalisierten Reichssteuerorganisation ist die Solidarität des deutschen Volkes zur Haftung für die Kriegsschulden zwangsläufig zusammengefaßt. Der Druck dieser Haftung für eine phantastische Reparationslast ist das Bestimmende für den Zerfall der Reichsfinanzen, der wirtschaftlichen Grundlagen, für unsere Armut. Das größte Ausmaß dieses Druckes liegt auf Lohn- und Gehaltsempfängern, weil sich ihre Verhältnisse für die schematische Erfassung des Steuerertrages ohne weiteres eignen. Für alle anderen steuerpflichtigen Kreise ist er bedeutend geringer, weil sie durch eigene Maßnahmen eine Druckmilderung herbeiführen können. Diese verschiedenen Druckverteilungen kann in den Ländern und Gemeinden wenigstens teil-

weise ausgeglichen werden; durch den Ausbau der Gewerbesteuer würde ist in Lübed das scharfe Zucken nach dem kapitalistischen Gewinn durch die kommunalistischen Bürgerchaftsmittelteil vorläufig beseitigt worden.

Ein Stadtstaat ist ein enger Raum, in dem sich die Sagen stoßen. Es ist selbstverständlich, daß in ihm ein staatsbürgerliches Beiseitegehen nichtsozialdemokratischer oder politisch nichtorganisierter Kreise auf die Dauer nicht ertragen werden kann. Die Bürgerschaft ist staatsbürgerliche Arbeitsgemeinschaft, ist Kampf- und Vorbereitungsfeld der staatslichen Entwicklung. Die Bürgerschaft wird weiter arbeiten, einerlei, wie sich das Bürgerium zum Staate stellt. Ihre Mehrheitsverhältnisse werden der staatsbürgerlichen Treue der mandatgebenden Bevölkerungszusammensetzung entsprechen.

Die zukünftigen Aufgaben des Lübedischen Freistaates zeigen große Schwere. Ich muß mich darauf beschränken, sie programmatisch zusammenzufassen, ohne sie im einzelnen zu erschöpfen.

1. Industriepolitik.

Heranziehung wasserwegführender Industrien unter Gewährung der Gewerbesteuerfreiheit für die ersten beiden Anstiebsjahre.

Abgabe des anbaufähigen Industriegeländes zu einem Bodenpreis, der grundsätzlich 50 Prozent unter Goldmarkkurs liegt. Vereinfachung von Siedlungsland für Arbeiterwohnhäuser zu einem Bodenpreis, der grundsätzlich 75 Prozent unter Goldmarkkurs liegt.

Beschleunigte Fertigstellung der Industriebahnanlagen. Errichtung einer selbständigen Betriebskassenschule und Deckung ihrer Kosten durch einen Zuschlag zur Gewerbesteuer.

2. Bodenpolitik.

Sofortiges Verbot der spekulativen Verkaufssperre für anbau- oder kulturfähiges Land.

Erweiterung des arrendiert liegenden staatlichen Bodenschatzes, und sei es unter Aufwendung von Anleihegeldern.

3. Handelspolitik.

Energetische Aufnahme einer von einer Zentralstelle geleiteten systematischen Ermittlungsarbeit in den Baltischen Randstaaten und in Sowjet-Rußland.

Konkurrenz-Befreiungen im Vergleich zu Stettin und Vorbereitungen für die Schaffung erweiterter Umschlagmöglichkeiten. Freihafen.

Stärkung der Werbearbeit des Nachrichtenamtes durch Einrichtung einer graphischen Künstlerwerkstatt in eigener Regie. (Die handelspolitische Werbearbeit des Nachrichtenamtes leidet an einer gewissen journalistischen Unbeweglichkeit. Es fehlen ihm ganz augenfällig die Erfahrungen aus den inneren Zusammenhängen der Presse. Für die Beziehungen zur nordischen Presse ist persönliche Bearbeitung durch Dezernenten unerlässlich.)

4. Verkehrspolitik.

Wiederaufnahme des Ralkbrenner-Projektes: Bahntechnische Heranziehung der Enklaven Behlendorf/Mulle. Strakenbahnbau Rüditz-Transmünde. (Unerlässlich für die Erschließung der Staatsländereien hinter Dummerdorf.)

Küsterwerb von Aktien der Lübed-Büchener Eisenbahngesellschaft.

5. Organisation einer gemeinnützigen Bauhoffgewinnung.

6. Verwaltung der Gemeindeanstalten.

Mit der vor sich gehenden Umstellung der Verwaltung auf den sogenannten „laufmännlichen Betrieb“ wird es nötig, die Preise für Strom, Gas und Wasser einer Indexberechnung zu unterwerfen, jedoch die Schwankungen der Marktlagen automatisch mitmachen. Hierbei Rücksichten auf den gemeinnützigen Charakter der Anstalten ganz auszuschließen, ist nicht angeht.

7. Staats- und Gemeindevverwaltung.

Für eine Verringerung der im Staats- und Gemeindevdienst tätigen Personen lassen sich — auch wenn die Notwendigkeit einer solchen Verringerung anerkannt werden muß — in Leitfänge geeignete Vorschläge ohne eine genaue Kenntnis der bürokratischen Verhältnisse der einzelnen Abteilungen nicht machen. Eine Verkleinerung des Beamtenkörpers würde sich schon ergeben, wenn die Oberbeamten, die sich innerlich nicht mehr auf den reichsrepublikanischen Gedanken einrichten können, die Fortführung ihrer Tätigkeit unter Verzicht auf das schmutzige Geld der Republik einstellen wollten.

8. Kulturelles.

Ablehnung einer offenen Uebernahme der Museen auf den Staat. Rücksichtsloser Abbau der Baugewerkschule. Energetische Einschränkung der Ausgaben für Theater und Musik (zugunsten der Aufrechterhaltung eines vollen Straßenbahnbetriebes).

Nachrückläufige Stärkung der Mittel des Jugendamtes für Aufzucht einer wirklich erzieherischen Jugendpflege und Säuglingsfürsorge.

Magnahmen zur baldigen Durchführung der Selbstverwaltung der Schulkörper und zur Sicherung einer republikanischen Schulerziehung.

9. Erhöhung der Gewerbesteuer.

Im Zusammenhang mit eingangs Gesagtem ist darauf hinzuweisen, daß Handel, Gewerbe und Industrie allgemein das System der „vorsichtigen“ Buchführung mit Aufwand großer Mühe durchführen. Zweck: Steuerhinterziehung. Es ist finanzamtsmäßig so gut wie unmöglich, mehr als einen sehr geringen Teil hinterzogener Steuern aufzustöbern. Während das Finanzamt oft mit zührender Sorgfalt die kleinen Nebeneinnahmen der Angestellten und Arbeiter zu erfassen bemüht ist, steht es sich den Leistungen einer feinsinnigen Buchhaltung gegenüber in der Regel zur Hilflosigkeit verurteilt. Da es nicht angängig ist, die Steuerkraft der in Frage kommenden Kreise zugunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger weniger ausgenutzt zu lassen, blieb der Gewerbesteuer eine Erhöhungsmöglichkeit von großer gemeinnütziger Bedeutung. Ich habe auf Grund der vielbetonten Vaterstadtliche der gewerbesteuerpflichtigen Erwerbsgruppen die Überzeugung, daß sie diesen Vorschlag mit freudiger Entschlossenheit als sehr befolgsam anerkennen werden.

Es ist notwendig, zu sagen, daß die vorstehenden Leitfänge keine parteipolitische Bedeutung haben, sondern die Meinung eines einzelnen sind. Über diese Meinung ist entstanden in der Gewissheit, daß die sozialdemokratische Mitführung der Staatsgeschäfte fähig ist, diese Aufgaben während zu beraten und zu lösen auch ohne unmittelbare Mitwirkung derer, die ehemals im Ratsektor saßen und mit weinheiseren Reden das Handgelenk fangen, Heinrich von Hundtenhorst.

Volkswirtschaft.

Das Goldzollaufgeld

beträgt für die Zeit vom 18. Oktober bis einschließlich 24. Oktober 43 900 vom Hundert.

Die Ausgabe von Notgeld.

Amlich wird mitgeteilt: Infolge der gegenwärtigen Knappheit der Zahlungsmittel hat das Reichsfinanzministerium in einer Anzahl von Fällen Städten, Kreisen und größeren Industrieunternehmungen die Ausgabe von Notgeld gestattet. Die Ausgabe ist dabei regelmäßig an die Bedingung geknüpft worden, daß der Gegenwert des jeweils ausgegebenen Notgeldes in voller Höhe in bar auf ein gesperrtes Konto überwiesen wird. Von verschiedenen Seiten ist gegen diese Bedingung Widerspruch erhoben worden, besonders auch unter Hinweis darauf, daß den Ausstellern des Notgeldes zur Ueberweisung geeignete Guthaben nicht zur Verfügung ständen. Hierbei wird indessen der Sinn des Notgeldes verkannt. Das Notgeld hat nicht dem Zwecke zu dienen, einer etwa vorhandenen Finanznot zu steuern, seine Bedeutung erschöpft sich vielmehr darin, die fehlenden gesetzlichen Zahlungsmittel zu ersetzen. Wer im normalen Falle keine gesetzlichen Zahlungsmittel erhalten würde, darf sich nicht mit Notgeld behelfen wollen. Das Reichsfinanzministerium kann daher von der aufgestellten Bedingung nicht abgehen. Jedes willkürliche Abweichen davon würde die Notgelddausgabe ungeheuerlich und strafbar machen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 17. Oktober.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	16. Oktober	14. Oktober	
Amsterdam	100 fl.	111860.—	105268.25
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	19975.—	19475.60
Kristiania	100 Kr.	58438.10	49687.80
Kopenhagen	100 Kr.	57228.95	54531.75
Stockholm	100 Kr.	76908.75	72409.85
Helsingfors	100 finn. Mk.	6686.65	6812.10
Rom	100 Lire	12034.90	11586.50
London	1 £	12759.—	12009.95
New York	1 Doll.	3576.40	2721.59
Paris	100 Frs.	21747.75	20574.25
Zürich	100 Frs.	53133.50	50187.15
Madrid	100 Pesetas	43845.10	41828.25
Wien	100 K.	—	3.48
Prag	100 K.	9637.90	9293.40
Budapest	100 K.	—	111.86

Sigris, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

9. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Es ist kein Falch an ihm, du sollst es erfahren.“
„Er hofft zu uns zurückzukehren?“
„Das denkst er sicher.“

„Und denkst — denkst auch an mich?“
„Ja, ja!“ rief Thorkel, „es ist kein Tag vergangen, wo er nicht von dir gesprochen hätte und alter Zeiten gedacht. Und was jetzt — er hielt inne und fuhr dann fort: „Warte nur noch kurze Zeit, Nachricht muß von ihm kommen, und was ich erfahre, sollst du sogleich wissen. Du hast an mir einen guten Freund, Jungfrau Else, das glaube mir.“

„O, guter Thorkel, ich glaube es gern!“ sagte das Fräulein mit zitternder Stimme.

„Ja, ja!“ fuhr er fort, „es ist sowohl um Erifs wegen, wie beinetwegen und um Sigris, und weil es mir geht wie dir und ihm. Aber du mußt müdig sein. Laß dich nicht beschwächen von dem hochwürdigen Kerl in Wolbe; mit all' seinem Gelde ist er doch nichts wert.“

„Ach, lieber Thorkel!“ seufzte sie leise, „mein Vater!“
„Er, so sprich mit ihm und sage, du willst den reichen Schiemann nicht aben.“

„Bin ich nicht meines Vaters Kind?“ verbehte sie. „Kann Sigris ihrem Vater ungehorsam sein, wenn er ihr befehlt, zu gehorchen?“

Er schwieg und bejahte sich. „Nun, so mache es so wie Sigris, mache ein froh Gesicht; laß dir nicht merken, wie es in deinem Herzen steht, und suche es klug zu wenden.“

„Wie soll ich es wenden, lieber Thorkel?“ fragte sie betrübt.
„Hör“, verbehte er. „Es ist ein altes richtiges Wort für jeden Menschen, der in der Not ist, daß, wer Zeit gewinnt, viel gewinnt, oft alles. Wenn der Sturm unser Boot faßt, suchen wir es von den Klippen abzuhalten, ins offene Wasser. So tue du es und halt' aus; wer weiß, wie bald sich Wind und Wetter ändern. Verschließ's bis zum Herbst, sage: ich will's bedenken! Ich meine, Sigris wird's auch so machen, wenn Clas ihr zu nahe kommt. Sei guten Mutis, Jungfrau Else, wir wollen mit ihnen schon fertig werden.“

Ein Geräusch entstand am Pfarrhause. Die Haustür wurde geöffnet. „Das ist mein Vater“, flüsterte das Fräulein, „ich will ihm entgegengehen, ehe du davon. Doch habe Dank, lieber

Thorkel, und wenn du mich sehen willst, wenn du mir etwas zu sagen hast —“

„Dann sage ich es Sigris und komme zu dir hierher,“ fiel er ein.

„So geh' — geh'. Gott behüte dich und behüt' Sigris!“

„Vor dem Schlingel, dem Clas,“ lachte Thorkel hinter ihr her. „Er ja, den soll der Seehund verschlingen, oder ich tu's selbst.“

Mit einem Sprunge war er über das Gitter und verschwunden. Nachdem aber alles still blieb, glitt Clas an dem Stamme nieder und baute seine Faust hinter ihm her. „Warte, du' Schuft,“ sagte er, „du sollst den Clas Gorud kennen lernen. Du und das nichtswürdige Vieh, ich zerreiß' euch beide!“

5.

Am nächsten Morgen besuchte Thorkel das Gebot des Herrn Schiemann. Er fuhr in seiner Rolle nach Wolbe hinüber, obwohl das Wetter noch schlechter war als gestern und eine schäumende Flut durch den Kanal von Otterde in den Fjord drang. Da er an das Haus des Kaufmanns kam, saß Clas auf der Bank und mit ihm noch zwei andere Männer, handfeste Burshen, die in dem Speicher arbeiteten. Ihre Zwillingen hatten sie aufgestreift und ihre Bedorfschürzen, die ein breiter Schnallenriemen um den Leib befestigte, abgelegt. Als sie ihn kommen sahen, steckten sie die Köpfe zusammen und betrachteten ihn dann von oben bis unten. Thorkel ging vorüber und fehrte sich nicht daran, sagte guten Tag und blüete Clas an, der ihn ebenfalls anschaute und gleichgültig dankte, aber in seinen Augen lag nichts gutes.

„Geh' nur hinein,“ sagte er. „Herr Schiemann wartet auf dich.“ Er hat längst nach dir ausgehakt.“

Thorkel besann sich einen Augenblick, steckte seine Hand in keine Tasche als würde er dort etwas, ging aber dann weiter. Der Kaufmann saß an seinem Schreibtisch und blüete nicht auf.

„Wer ist da?“ fragte er, während er weiter schrieb.

„Ich bin's, Herr!“ antwortete Thorkel. „Gottes Gruß in dein Haus.“

„O, du also!“ sagte Schiemann, und in seinen Augen blüete es auf. „Was willst du?“

„Du hast mich herbestellt, so bin ich gekommen.“

„Du warst also bei dem Pfarrer, hast meinen Brief bestellt?“

„Das tat ich, Herr.“

„Und sagtest Jöns Wille die volle Wahrheit.“

„Ja, Herr.“

„Danke er dir nicht.“

„Das tat er.“

„Er wollte dich schützen vor allen, die dir Schaden würden?“

„So sprach er, Herr.“

„Und gab er dir nicht einen Auftrag?“

„Ein Auftrag war's eben nicht, aber er hieß es gut, zu tun, was ich ihm vertraute.“

„Was war's?“

„Nun, Herr, ich sollte der Jungfrau Else die Wahrheit sagen, sollte getreulich antworten, was sie fragte.“

„Und des tatest du?“

„Ja, Herr.“

„Hast ihr das schlechte Leben Grit Melbas geschildert?“

„Ich hab's geschildert, wie es ist.“

Herr Schiemann legte die Feder hin, las den Brief durch, der er geschrieben, kreuzte Sand darauf, dann drehte er sich um, und seine grauen scharfen Augen hefteten sich auf Thorkel. „Gut,“ sagte er, „und jetzt kommt du zu mir und willst deinen Lohn haben, nicht wahr, so meinst du doch?“

„Lohn nicht, Herr, doch fragen müßt ich, ob du mir die Stelle nicht herausgeben willst. Du kannst deine Bedingungen machen, Sie sollen erfüllt werden.“

Ein Lachen floß über das harte Gesicht des Kaufmanns.

„Nein,“ sagte er, „die Stelle bekommst du nicht, die habe ich Clas Gorud versprochen, aber dein Lohn soll dir nicht fehlen. Sieh, hier habe ich loeben deinetwegen an den Bagt Hegborg geschrieben und dich ihm drinend empfohlen; das will ich dir vorlesen, damit du siehst, daß ich dankbar bin.“ Er nahm dabei das Blatt auf und las laut:

„Mein lieber Freund Hegborg! Seit drei Tagen ist der Thorkel Ingolf wieder hier, auf den ich dich aufmerksam mache, als auf einen Burshen, um dessen Versorgung ich dich dringend bitte. Ich habe mich seiner annehmen, habe ihm Arbeit geben wollen und hatte beschloßen, ihm beizustehen, wenn er es verdient, ebenso hat dies der gute Herr Jöns Wille getan. Er hat es aber vorgezogen, uns aus schändlichste zu befehlen, uns zu bestrafen, und da er sich obdachlos umhertreibt, alle ehrlichen Leute ihn von sich weisen, auch niemand ihm Arbeit geben wird, ein solcher Rogabund aber nur der Gemeinde gefährlich werden kann, so scharte uns Ruhe vor ihm und gib ihm Beschäftigung im Springaule.“

„So“ sagte Herr Schiemann, „jetzt weißt du, wie ich dich empfohlen habe, und was dir bevorsteht.“

Thorkel hatte, ohne eine Miene zu verziehen, zugehört. Endlich fragte er gelassen: „Warum hast du das getan, Herr?“

„Du frecher Kerl fragst noch danach!“ schrie der reiche Kaufmann. „Wißt du es leugnen, daß du mein und Herrn Jöns Willes Vertrauen auf schändlichste gemißbraucht hast?“

Fortsetzung folgt.

Ab Dienstag, den 17. Oktober, 1/2 9 Uhr früh
verkaufen wir im 1. Stock unseres Hauses

Damen-Mäntel

zu enorm billigen Preisen

Mantel aus karierten Winterstoffen.....	3900⁰⁰	Mantel einf. Tuchart. Stoffen mit mod. Stepperei ..	7500⁰⁰	Mantel engl. gem. hell. Wollstoff. mit Leder-Garn.	9900⁰⁰
Mantel dunkelfarb. Flauchstoff., mod. Knopfgarn.	4900⁰⁰	Mantel hellfarb. Wollflausch, farb. Stepp. u. Paspel.	7900⁰⁰	Mantel prima kar. Wollflausch mod. weite Schlupff.	10900⁰⁰
Mantel einfarb. Flauchstoff., mod. weite Form....	5900⁰⁰	Mantel Astrachan, ganz gef., ca. 125 cm lang	8500⁰⁰	Mantel einfarb. Krimmer, mod. Schnitt, offen und geschlossen zu tragen ...	11900⁰⁰
Mantel Wollflausch reiz. Machart, off. u. geschl. zu tr.	6900⁰⁰	Mantel hellgemusterten Wollstoffen m. Leder-Garn.	8900⁰⁰	Mantel aus Eskimo, in versch. Farben, mit farb. Tuchkragen, mod. Stepperei	12900⁰⁰

Nur soweit Vorrat.

Mengenabgabe vorbehalten.

Holstenhaus

Lübeck * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.

Amtlicher Teil.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 61 vom 17. Oktober 1922 enthält:

Bekanntmachung, betreffend die Vereinfachung zwischen Lübeck und Mecklenburg-Strelitz über eine einseitige Regelung der polizeilichen Verhältnisse am Traveufer zwischen Schlutup und Lohschow. — Bekanntmachung, betreffend den Gebührentarif des Katasteramts. — Bekanntmachung, betreffend die Abhängigkeitssumme für beschlagene Räume. — Sechster Nachtrag zum Tarif für die Schließhose vom 29. Oktober 1921, welche bei Benutzung der vom Staate Lübeck betriebenen oder zugelassenen Schleppdampfer auf dem Elbe-Travekanal zu entrichten sind. 5193

Straßensperrung.

Die Verkehrsstraße wird auf der Strecke von dem nördlichen Ende des Lagerplatzes der Firma G. Meyer & Co. bis zur Marienstrandenbrücke bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Lübeck, den 16. Oktober 1922. Das Polizeiamt. 5196)

Handelsregister.

Am 14. Oktober 1922 ist eingetragen 1. bei der Firma „Vollrose“ Kartegat-Fischer-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 23. September 1922 ist die Gesellschaft aufgelöst. Liquidator ist der bisherige Geschäftsführer. Lundenberg; 2. bei der Firma „Saisar“-Werke mit beschränkter Haftung, Lübeck-Travemünde: Die Prokura des Ernst Penzel in Travemünde ist erloschen. 5201

Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Am 18. Oktober 1922 vormittags 11 1/2 Uhr wird der Kapitän **Chrimann** vom Dampfschiff **Sedina** wegen seiner Reise von Lübeck nach Riga im Gerichtshaus, Zimmer 9, Verklarung ablegen.

Lübeck, den 16. Oktober 1922. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Abt. 2. 5195

Öffentliche Handelslehranstalt.

Anmeldungen zu den wahlfreien Abendkursen werden am Donnerstag, dem 19. Okt., im Schulhaus Königstraße 77 zwischen 7 bis 9 Uhr abends entgegengenommen. Lehrgänge in fremden Sprachen, Buchführung, kaufm. Rechnen, Deutsch, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Zeichnung, Korrespondenz der Volkswirtschaftslehre. Alles Nähere im Schulhaus. Zugelassen werden Personen über 16 Jahren oder reife Bewerber der Kaufmannsschule.

Lübeck, den 16. Oktober 1922. 5184 A. Schneider, Direktor.

Öffentliche Handelslehranstalt.

Die noch nicht eingeschulten berufsschulpflichtigen männlichen und weiblichen Handwerkslehrlinge und Handlungsgehilfen (angemeldet und nicht angemeldet) haben sich am **Mittwoch, den 18. Oktober, morgens 8, 10 Uhr**, im Schulhaus Königstraße 77 zur Aufnahme und Klassenbildung einzufinden. Schulabschlusszeugnisse und Gewerbescheinhaber sind mitzubringen.

Lübeck, den 16. Oktober 1922. 5185 A. Schneider, Direktor.

Nichtamtlicher Teil.

S. P. D.

Orisgr. Schlutup.

Nachruf.

Am Sonnabend entschlief unter Par-treigenosse (5212)

W. Behrens.

Ehre seinem Andenken! Beerdigung Mittwoch 1 Uhr vom Trauerhause aus. Eintreten der Genossen 1/2 Uhr bei Sabrowski.

Der Vorstand.

Arbeiter-Gesamtverein „Einigkeit“ Schlutup.

Am Sonnabend verchied um. treuer Zangebruder

Wilhelm Behrens.

Ehre seinem Andenken! Beerdigung Mittwoch 1 Uhr. Antreten 1/2 Uhr bei Sabrowski. 5213

Der Vorstand.

Hermann Eganrecht Sieda Comprecht

geb. W. 5204 Vermählte.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zur Vermählung danken herzlich D. D.

Bei gut möbl. Zimmer für eine Person Ang. u. A 457 an die Exp. 5221

Handwerker sucht 5203 möbl. 3 Zimmer. Ang. u. A 457 a. d. Exp.

Uhren aller Art, auch nachgebende, kauft 5197 Preisnach 43 (Laden).

Uhr. Störm. Lübeck, Falkenplatz 1.

Besten Schutz

ist das Schönste über fortwacht ab verhält das Leder 5198)

Einziges Beispiel Kleiner weißfälligen

Hartkoks

liefert jedes Quantum frei Haus u. ab Lager

Robert Gierdtz

Wingstr. 11. Fernp. 9023

Sozialdemokr. Frauen

5198

Verammlung

Donnerstag, 19. Okt. abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Hart. 2. Ansprache. 3. Bericht des Gen. Hart. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Frische Margarine eingetroffen

Pro. 340, 360, 380 M.

Schmalzfabrikate 460. Pa'min 390.

Lübecker Margarine-Zentrale,

Dolkenstr. 6, Markthalle, Warendorffstr. 9, Schwarzenbergstr. 43, Schütten

Ang. 5200. Paletor, Schläpfer, Manchester-Jackett, Arbeitshose, Arbeitsjacke, div. Fußzeug, Glodengießertr. 60 p. 5202

Eine 2-ständige Bettstelle und Nachttisch zu verkaufen. Brandenburger Sandstr. 47. 5220

Nachlässigkeiten zu verk. Gartenstr. 10a. 5216

Kaschmirenhemd 3. Pf. Schwartzau, Waldstr. 7. 5200

Kürbis zu verkaufen. Bülowstr. 5 III. 5219

Verfertigung v. Damen- und Kindergarderoben. Frau W. Schlieke, 5219 Mittelstr. 12a.

Simerbier.

Mittwoch von 4-6 Uhr. 5209 Brauerei Stamer.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Bau delegiert. Versammlung am Mittwoch, 18. Okt. abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung: Die Arbeitszeit. Das Erscheinen eines Vertreters von allen Bauhellen ist unbedingt notwendig. 5206) Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. 5210

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung d. Lastdiarbeiter am Mittwoch, 18. Okt. nachmittags 5 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung: Bericht der Lohnkommission. Die Ortsverwaltung.

Kolosseum

Jeden Mittwoch und Sonnabend

Kassensitz. 6 1/2 Uhr. Joh. & R. Mittag. 5199)

Ball

Der Vorstand.

Unüberbierbare Preise

Wahl Kramer für Lumpen, Eisen, Metalle, Flaschen, Papier, Geschäftsbücher zum Einstampfen, sowie sämtliche Felle und Tierhaare. Verkauf von Metallen bitte Ausweis mitbringen.

S. Kramer, Engelswisch 22. 5207

Millionenfach erprobt



Wäscht sparsam, bequem und schnell. Schumann & Wille, Wittenberge.

Lübeckisches Sinfonie- und Stadttheater-Orchester.

Morgen Mittwoch, dem 18. Okt., 7 1/2 Uhr

Strobes

volkstümliches Konzert im Gewerkschaftshaus.

Es ist Sorge getragen, daß genügend Programme im Vorverkauf zu haben sind. Da das Programm einen sehr genussreichen Abend verspricht, ist zu empfehlen, rechtzeitig Karten zu besorgen. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Eintritt nur 15 Mark einschl. Programm u. Steuer. 5215

Entenluft. Morgen 5211

Mittwoch 5212

Lanz. 5213

Damen 5214

Eintr. frei. 5215

Café „Vaterland“

Täglich Konzert

der 5205

Hamburger Künstler-Bereinigung.

Direktion: Adolf Martens

Sanja-Theater.

Heute Dienstag und folgende Tage: Der heilige Ambrosius. Operette in 3 Akten von Leo Fall. Mit Willy Schweisguth in der Titelrolle. Voranzeige! Sonnabend, 21. Oktbr.: 5192

Grigri. Operette in 3 Akten von Paul Sinf. 5192

Stadttheater Lübeck. Dienstag, 7 Uhr: Ab. C. Ariadne auf Naxos. Mittwoch, 7.30. Gaitspiel Alex Otto: Fuhrmann Genschel. Ab. C. Donnerstag, 7.30. Ab. C. Hans Heiling. 5202 Freitag, 7.30. Ab. C. Die Fahrt ins Blaue.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 17. Oktober.

Für die sozialdemokratische Presse.

Zur Linderung der wirtschaftlichen Not des „Lübecker Volksboten“ hat der Verlag in Uebereinstimmung mit der Preßkommission Anteilsscheine herausgegeben. Diese haben einen Nennwert von 100,— Mk., 300,— Mk. und 500,— Mk. und werden ab 1. Januar 1924 mit 5 Prozent verzinst. Sie sind bis zu diesem Datum unkündbar. Wir bitten unsere Genossen und Leser, nach bestem Können den „Volksboten“ durch Abnahme recht vieler Anteilsscheine wirkungsvoll zu unterstützen. Die Arbeiterpresse darf nicht Not leiden! Darum helfe jeder nach Kräften! — Die Anteilsscheine sind in der Geschäftsstelle des „Volksboten“, Johannisstraße 46, und im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, zu haben.

Das Dollarhuhn.

Sie haben es glücklicherweise nach vieler Mühe soweit gebracht, die arme kreditlose Landwirtschaft und der alle ehrliche Zwischenhandel, das Dollarhuhn ist da. Sehen kann man es allerdings nicht, man weiß nur, daß es ausschließlich mit amerikanischem Hühnerfutter aufgezogen worden ist, und nun ist es in die Legezeit gekommen; die Eier die das Dollarhuhn legt, unterscheiden sich zwar in gar nichts von den anderen frischen Bauereiern, man merkt es nur am Preis, daß es was Besonderes ist, denn der Preis ist nun glücklich dem Dollar angepaßt. Wenn erst das Dollarhuhn in drahtlosem Verkehr mit der Neuporfer Börse steht, dann brauchen wir keine Notierungen in den Zeitungen mehr, wir können dann am Stierpreis verfolgen, wie die Markt Wetter, ja, man muß wirklich die Kunst der Züchter bewundern. Wer hätte das gedacht, daß einmal ein einziges Ei, das sonst um diese Zeit ganze sieben Pfennige kostete, für zweiunddreißig Mark nicht zu kaufen wäre, noch nicht einmal ein Knie-Ei ist für diesen Preis zu haben. Und das schlimmste ist, daß nun dem Dollarhuhn auch die Dollarhuhn und das Dollarhuhn ein folgen wird. Auf die Dollarhuhn arbeiten ja alle hin, die ausrechnen, daß die Butter das Zehnfache des Milchpreises kosten müßte, während sonst die Kuh nur sechs Liter Milch für ein Pfund Butter lieferte. Wie sagte doch der Verkäufer, als er 320 Mark für das Pfund Margarine forderte und ihm die Hausfrau erklärte, das kann doch niemand bezahlen? Ach was, das Publikum muß sich an die hohen Preise gewöhnen! Ja, das ist die einfachste Lösung, man muß sich nur an die hohen Preise „gewöhnen“.

Goldmarkberechnung im Schneidergewerbe.

Der Verband der Arbeitgeber für das Schneidergewerbe in Hamburg versucht in einem Schreiben an die Presse die unglaublich hohen Preise für Anzüge zu rechtfertigen. Zuerst muß der neue Lohnstarif im Bekleidungs-gewerbe herhalten (Stundenlöhne von 64—84 Mk.) und dann wird auf das hinaufgeschwollen: der Preise für die Rohstoffe hingewiesen, die das Schneidergewerbe vor eine Katastrophe stellen. „Die für das Schneidergewerbe in Frage kommenden Fabrikanten- und Lieferantenverbände verkaufen heute ihre Waren nur nach fremder Währung. Der Selbsterhaltungstrieb läßt heute nur noch die Berechnung der Herren- und Damen-Majordarobe nach dem Wiederbeschaffungspreis zu. Wenn für das Meter Stoff der Durchschnittspreis von 1 Pf.-Sterling zugrunde gelegt wird, so gehört allein für die Beschaffung des Stoffes für einen guten Anzug nach dem Stande der heutigen Valuta die Summe von etwa 400 000 Mark. Würde der Schneidermeister auf jeden Gewinn beim Stoff verzichten, so läßt sich solcher Anzug bei bestehenden Preisen für die Anfertigung und die Zutaten nicht unter 60 000 bis 80 000 Mark liefern. Die Schneidermeister halten bei allen in Auftrag gegebenen Arbeiten die Anfertigungspreise freibleibend. Die Hälfte des vereinbarten Kaufpreises ist als Anzahlung bei der Bestellung, der Restbetrag bei Ablieferung zahlbar. Forderungen, die 14 Tage nach Rechnungsstellung noch nicht eingegangen sind, werden der Einzugsstelle der Gewerbe-kammer übergeben. Es werden Verzugszinsen in Höhe des Reichsbankdiskonts berechnet. Die Vorstände der Verbände haben beschlossen, ihren Mitglieder, gesungen die die Verkaufsbedingungen der Lieferanten, die Berechnung ihrer Verkaufspreise nach Goldmark dringend zu empfehlen.“ Wieleicht schwängen sich die Schneidermeister auch dazu auf, den Gehilfen Goldmarklöhne zu bezahlen. In Maßanzügen werden in Zukunft nur noch Schieber und sonstige Schwerverdienter ausgehen können. Das Volk kann sich in Lumpen wickeln.

Die Unentschiedenen.

Bei manchem Beamten, Angestellten und auch Arbeiter hat die Spaltung der Arbeiterbewegung einen Zustand von politischer Unentschiedenheit erzeugt. Weder hatten sie Neigung, sich mit den verschiedenen Anschauungen der drei Richtungen in der Arbeiterbewegung auseinanderzusetzen, um so einen festen Parteistandpunkt zu gewinnen, noch konnten sie sich über bestimmte Richtlinien im Hinblick auf ihre Erwerbstätigkeit hinwegsetzen, die einen Anstoß an eine der drei Richtungen hinderlich waren. So blieben sie denn in zweifacher Hinsicht unentschieden: theoretisch einmal und zum anderen organisatorisch. Dabei drängten die in diese Gruppe fallenden Beamten, Angestellten und Arbeiter durchaus nicht zu dem bekannten Typus der Indifferenten zu gehören.

Jetzt ist die Einigung der Sozialisten vollzogen. Es gibt nur noch eine sozialistische Bewegung: die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands! Es gibt jetzt kein Streifen mehr darüber, ob die linke oder rechte Partei der Sozialisten den richtigen Weg geht. In einer gemeinsamen Partei wird man nunmehr in kameradschaftlicher Weise alle die Fragen erörtern, die uns zur Verwirklichung unserer Ziele führen sollen. Kann es da nun noch ein Häeres geben, ob man sich dieser großen, welt über eine Million Kämpfer zählenden sozialdemokratischen Partei als Beamter, Angestellter und Arbeiter anschließen soll? Kann man da noch Rücksichten auf seine Erwerbstätigkeit vorheben, um einem organisatorischen Anstoß an die Vereinigte Sozialdemokratie auszuweichen? Wir denken nein! Betrachte das Bürgeramt, der Unternehmer, Industrielle, Kaufmann oder Agrarier es als seine Pflicht, sich der ihm zufallenden bürgerlichen Partei anzuschließen, so müßte es ja mit dem Teufel zugehen, wenn der Beamte, Angestellte oder Arbeiter Bedenken haben

sollte, sich der einen sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Ebenso selbstverständlich wie der Unternehmer z. B. dem Industriearbeiter als der seine Interessen vertretenden Kampforganisation beitrete, muß jeder Arbeitnehmer der einzigen Bewegung sich einreihen, die die Interessen der gesamten arbeitenden Bevölkerung vertritt: der Vereinigten Sozialdemokratie.

Hinweg damit mit allen kleinlichen Bedenken, hinweg mit aller lähmenden Unentschiedenheit! Die Zeiten sind zu sehr auf Kampf und aufs Kräftemessen eingestellt, als daß heute auch nur ein einziger Arbeitnehmer die Ausrede gebrauchen dürfte, er wisse noch nicht, wo er hingehört. Allen noch Zögernden, Unentschiedenen gilt die dringende Mahnung:

Stein in die Vereinigte Sozialdemokratie!

Abonniert den „Lübecker Volksboten“.

Die Brotverfeuerung.

Mit dem heutigen Tage werden die Brotschnitten wieder kleiner werden. Denn das markenfreie Brot — fein oder grob — kostet jetzt einhundertachtzig Mark! Das „große“ Weizen- und Roggenbrot 140, das kleine 70 Mk. Eine Semmel kostet jetzt sieben Mark. — Nun kann das Hungerleiden im verstärkten Maße vor sich gehen. Fast jeder Tag bringt neue Verfeuerungen der absolut notwendigsten Lebensmittel und käuflos ist das Volk dem Bürger und Lebenszermürber preisgegeben.

Neuer Schiedspruch über die Löhne auf den Geschäftswerften.

Bekanntlich wurden durch Spruch des Schlichtungsausschusses vom 28. September die Löhne der Werftarbeiter für die Zeit der ersten Oktoberhälfte festgesetzt. Dieser Schiedspruch ist seitens der Werftarbeiter gegen eine starke Minorität angenommen, von den Werftbesitzern jedoch abgelehnt worden. Die Werftbesitzer machten dagegen ein Lohnangebot, das sich im wesentlichen mit dem Schiedspruch deckte, nur mit dem Unterschied, daß für einige Arbeitergruppen der Stundenlohn um 1 Mark bzw. 50 Pfg. geringer war das Lohnangebot aber für den ganzen Monat gelten sollte. Dieses Lohnangebot ist von der Werftarbeiterschaft abgelehnt und die Anerkennung des Schiedspruches vom 28. Sept. gefordert, deshalb wurde von der Zentralerwerbskommission sofort die Verbindlichkeit des Schiedspruches beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Das R.A.M. beauftragte eine neue Verhandlung mit den Parteien auf den 11. Oktober nach Berlin an; in dieser Verhandlung wurde nun ein neuer Schiedspruch gefällt, der die Berechtigung der Lohnregelung für die zweite Oktoberhälfte anerkennt und eine gleichmäßige Zulage für alle Arbeiter über 20 Jahre in Höhe von 6 Mk. die Stunde und für die anderen Gruppen eine dementsprechende Zulage ab 16. Oktober festsetzt. Zu diesem Ergebnis nahm eine Sonntag in Hamburg tagende Werftarbeiterkonferenz Stellung. Der Schiedspruch des R.A.M. ist mit 31 gegen 17 Stimmen angenommen worden.

Eine traurige Statistik.

Während der Kriegszeit war die Zahl der Morde und Totfälle eine erhebliche Answollen gegen das Jahr vorher. Den Höhepunkt erreichte die Morstatistik 1919, im ersten Jahre nach dem unheilvollen Kriege. In diesem Jahre wurden in ganz Preußen 1279 Personen (937 männliche und 372 weibliche) ermordet. 1920 zeigt eine Abnahme mit 1175 Morden (833 männliche und 342 weibliche Personen). Es steht aber immer noch bedeutend höher als 1913, in dem vor dem Kriege die meisten Morstatistiken zu verzeichnen waren, nämlich 871 (588 männliche und 283 weibliche Personen). Anders verhält es sich mit den Selbstmorden. Auch diese sind während der Kriegszeit erheblich zurückgegangen. 1913 endeten in ganz Preußen 9214 Personen (6831 männliche und 2383 weibliche) durch Selbstmord. Das Jahr 1918 weist nur 6120 Selbstmorde auf (3720 männliche und 2400 weibliche Personen). 1919 zeigt ein bedeutendes Anwachsen mit 6784 Selbstmorden (4121 männliche und 2663 weibliche Personen). Eine weitere Steigerung weist 1920 auf mit 7851 Selbstmorden (5145 männliche und 2706 weibliche Personen). Die Statistik für 1921 liegt noch nicht vor. Doch ist dabei mit einem weiteren Wachstum zu rechnen, da viele Personen durch die Verweisung über die hohen Preise, mit denen die Einnahmen nicht gleichen Schritt hielten, in den Tod getrieben wurden. Das betrifft namentlich Familienväter, denen die Sorge um die Familie über den Kopf wuchs.

„Kinderland“.

Ein Jahrbuch für Buben und Mädels des arbeitenden Volkes.

So nennt sich ein mit reichem Bildschmuck und Kalendarium ausgestattetes Kinderbuch im Umfang von 112 Seiten, das der Zentralbildungs-ausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in diesem Jahre zum erstenmal herausgibt. Das halbtier gebundene Buch (Halbleinen, Pappband) mit farbenrotem Umschlagbild dürfte die Freude aller schulpflichtigen Arbeiterkinder auf den ersten Blick erregen. Der mit Bedacht von L. Lessen und Klara Bohm-Schuch-Berlin auserwählte Inhalt wird allen Arbeiterkern die Anschaffung des Buches als wertvoll für die Erziehung ihrer Kinder erweisen lassen. War es auch nicht leicht, das, was die Phantasie des Kindes begehrt, mit dem zu vereinen, was für die heranwachsende Arbeitergeneration als erziehungsnotwendig erachtet wird, so hat sich der Zentralbildungs-ausschuss doch bemüht, dieses Experiment in dem vorliegenden Buche auf das Beste zu lösen. Der ganze Inhalt in feinen Erzählungen, wissenschaftlichen Arbeiten, Bildern usw. ist auf Beobachten der Umwelt und auf die sichtbare Entwicklung allen Gehörges eingestellt. Da sind Klauenbereiten von Karl Gwald, Heinrich Schulz u. a. Aus den Jugendtagen unseres August Bebel wird erzählt. Von den Festtagen der Republik wird geclaudert. Es wird den Kleinen gezeigt, welche Sätze unserer Sprache birgt, wie unsere Ortschaften entstanden sind; sportliche Anregungen werden gegeben. Die Kinder selbst kommen in kleinen Aufsätzen zu Wort. Der Tier- und Pflanzenwelt sind ausführliche Artikel gewidmet; geschichtliche Reminiscenzen fehlen ebensowenig wie Fabeln, Sagen, Spielanregungen, Witze für Bausler, Gebichte, Rätsel und Sprüche.

Dazu kommt ein geradezu überreich zu nennender Bildschmuck. Fast alle Artikel sind illustriert. Vollbilder, deren Themen ganz in den kindlichen Vorstellungskreis gestellt sind, fesseln: sechs wunderhübsche Tiefdruckbilder nach Originalen namhafter Meister und ein Vierfarbendruck (Thema: Kinderreigen) gereichen dem Buch zur Zierde. Besonders gefallen werden den Kindern aber die Umklammerung, das Vorworts-papier

und die Scherenschnitte für das Kalendarium: alles eigens für das „Kinderland“-Buch angefertigt.

Das Buch fällt eine Lücke in unserem Bildungs- und Erziehungswesen aus. Es eignet sich vortrefflich als Geschenk für Kinder. Möge es daher rasch Wurzel fassen im „Kinderland“ unserer Genossen, möge dieser erste Versuch sich als hochwichtig erweisen und dort wirken, wohin wir bisher mit Wort und Schrift nur schwer zu gelangen vermochten.

Das geschmackvoll ausgestattete Buch kostet im Buchhandel 100 Mk. Den Organisationen wird es abgegeben zum Preise von 75 Mk. beim Bezug bis zu 10 Exemplaren. 70 Mk. beim Bezug von mehr als 10 Exemplaren und Porto.

Auf dem Gipfelpang ist die hiesige reaktionäre Presse. So wohl die ollen ehrlicher „Lübedischen Anzeigen“ wie die durch ihre Sinnlosigkeit aufgeblasenen „Lübeder Neuesten Nachrichten“ schiden Beteiligte hinter ihren davongelaufenen Abontenten her. Die Massenflucht ist bagreift, denn die zeitweiligen Leser erkennen gar zu bald die Fadenstimmigkeit deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Wortgedrehsels. Sie wissen auch, daß der Kreis der Dummen nicht allzu groß ist, die für die rückwärtliche Politik dieser Blätter noch Geld ausgeben. Deshalb verzichten die auf politische Charakterstärke haltenden im notaus auf die Vergünstigung, am Monatsende die gesammelten Exemplare dem Verlag gegen Vergütung zurückzubringen und lassen die Makulatur im Verlagshaus liegen. Recht sonderbar aber ist, daß die beiden Weltblätter zuzeiten mit Schlanderpreisen hauffieren gehen. Die „Lübedischen Anzeigen“ bieten Mitgliedern der Beamtenvereine und der deutschnationalen Volkspartei ermäßigte Bezugspreise an, ebenso wollen sie ihre chaunimistische Kost den Kleinrentnern als Armeisuppe zum Volksfürpreis aufstücken. Die „L. N. N.“ leisten sich den Luxus, ihr Blatt für den halben Monatsbeitrag zu liefern, wenn der bisherige Bezahler bei der Stange bleibt. Die Colemanische Zeitungsfabrik kann sich diese Freigebigkeit leisten, da der „General-Anzeiger“ die Milch für die „L. N. N.“ abgibt und ihr auch die neugeborenen Kälber im Text umsonst und die Inzerte zum Teil für ein Marmeladenbrot übermittelte. Alles Kufffleisch ist auch heute noch im Preise billiger. Doch derartig geistiges Gefrierfleisch verdirbt auf die Dauer selbst dem unshulbigsten Naturhürchen den Magen.

Falsche Gerüchte. Im Publikum ist die Rede davon, daß im hiesigen Kühlhaus große Mengen Butter liegen sollen. Heutigen-tages, wo sehr viele Menschenfreunde danach trachten, die Ware für noch teurere Zeiten aufzubewahren, können derartige Gerüchte natürlich leicht plagieren. Die Agrarier beklagen aber das hiesige Kühlhaus nicht, sie wissen ihr Ware schon zu den nötigen Preisen an den Mann zu bringen. Nach untern Erfindungen lauern zurzeit nur so geringe Mengen Butter und Fleisch im Kühlhaus, daß dort umfangreiche Entlassungen vorgenommen werden müßten. Bei der heutigen Valuta ist auch nicht daran zu denken, daß Auslandsnahrungsmittel in absehbarer Zeit eingeführt und im Kühlhaus gelagert werden können.

Probefahrt eines neuen Dampfers. Der von der Schiffs- und Dockbauwerkst. Flenker A.-G., Lübeck-Siems, Zweigniederlassung der Briidenbau Flenker A.-G., Benrath/Mein für die Deutsche Levante-Linie in Hamburg neu erbaute Frachtdampfer „Heraklea“ erlebte am 11. ds. Mts. seine Probefahrt. Derselbe erstreckte sich von Travemünde bis nach Nehmern und zurück. Das Schiff wurde vor Travemünde von der Reederei als in allen Teilen zufriedenstellend übernommen. Es ist dieses der dritte Dampfer einer Serie von vier Schiffen für die Deutsche Levante-Linie, der zur Whitefeerung gelangte, während der vierte sich zurzeit noch in der Ausrüstung befindet. Das Schiff, nach den neuesten Vorschriften des „Germ. Lloyd“ und der weiter in Betracht kommender Behörden gebaut, hat die Klasse 100 mit Freibord (E) und folgende Abmessungen: Länge zwischen Loten 87,5 Meter, Breite auf Spanten 12,65 Meter, Seitenhöhe 8,5 Meter. Die 1100 PS-Maschine gibt dem beladenen Schiff eine Geschwindigkeit von ca. 10 Seemeilen. Bei einem Tiefgang von 5,9 Meter kann der Dampfer ca. 3400 To. Ladung nehmen. Das Schiff ist mit allen modernen Einrichtungen, wie drahtloser Telegraphie, Unterwasserfunk-Anlage usw., versehen. Nachdem in Travemünde die Vertreter der Reederei und der Werft das Schiff verlassen hatten, trat dieser seine erste Reise nach Finnland an.

Spende an die Stadtbibliothek. Der Londoner Bankier Mr. E. Pusch, ein gebürtiger Riger, hat für Zweite der Lübecker Stadtbibliothek, Abt. Landeswanderbücherei, durch Vermittlung unserer Büchereiaufsicht Fr. Emilie Anholt als private Stiftung zu sofortiger Verwendung für Bücherankauf und sonstige Unterstützung bildungsgeifer Leser eine Summe von 100 000 Mk. überwiesen. Der Spender beabsichtigt, mit dieser edlen, von der Stadtbibliothek dankbar angenommenen Gabe der Völkerverständigung auf kulturellem Gebiete die Wege ebnen zu lassen. Diese Stiftung reiht sich den Ueberweisungen schwedischer Kaufleute an die Stadtbibliothek würdig an und sollte unsere engeren Landesleute zur Nachahmung anspornen.

Konzert im Gewerkschaftshaus. Am Freitag, dem 20. d. M., abends 7 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus ein großes Konzert, veranstaltet vom Lübecker Sinfonie- und Stadtheater-Orchester, statt. Der Ertrag dieses Konzerts ist für den Baufonds des Gewerkschaftshauses bestimmt. Die Lübecker Bevölkerung, vor allem die ständigen Besucher der Konzerte im Gewerkschaftshaus, werden es sich nicht nehmen lassen, dieses Konzert zu besuchen, zumal das Programm ganz Vortragliches aufweist. Der beliebte Dirigent des Orchesters, Herr Karl Mannstaedt, bietet Gewähr dafür, daß Schalkomstus „Ouverture 1812“ oder „Der Brand von Moskau“, „Litolfs Ouverture“, „Robespierre“, „Fretas Streifzug durch Offenbachs Operetten“ u. a. dem Publikum als einen wirklichen Genuß zu Gehör gebracht wird. Alles in allem steht den Besuchern des Konzerts ein äußerst genußreicher Abend bevor. Wenn man daneben noch den guten Zweck dieses Konzerts berücksichtigt, so find wir der festen Zuversicht, daß das konzertliebende Publikum Lübeds, vor allem aus den Kreisen der Arbeitnehmer, es sich nicht nehmen lassen wird, für ein volles Haus zu sorgen. Karten sind in den Verkaufsstellen des Konsumvereins, im Lübecker Volksboten und Gewerkschaftshaus zu haben.

Der Vorstand der Gesellschaft Gewerkschaftshaus Lübeck. pb. Festgenommen wurde ein Arbeitsbursche und ein Schiffbauerehrlicher, die auf einem in hiesigen Hafen liegenden Segler eine Kajüte erbrachen und aus dieser Nahrungsmittel, Kleidungsstücke und ein Prismenglas gestohlen hatten. Ein Teil des Diebesgutes konnte den bereits vorbestraften Dieben abgenommen. — Festgenommen wurde ein Artist aus Bochum, der seitens der Amtsanwaltschaft aus Wieringen wegen Diebstahls festbetrüchtigt verfolgt wurde, und ein Elektrotechniker von hier, der wegen Strafverbüßung seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft gesucht wurde. — Festgenommen wurde der angeblische Zigeuner Johann Freiwald, der im Verdacht steht, einem in Bliesdorf wohnhaften Landmann ein Pferd, von der Weide gestohlen zu haben.

Gewerkschaften.

Die wirklich kommunistische Taktik. Auf dem Allrussischen Gewerkschaftskongress erklärte Sinowjew u. a., die im Laufe d. J. eingetretene Steigerung der Arbeitslöhne in Sowjetrußland sei bei weitem nicht ausreichend und besonders bei den Transport-, Berg- und Metallarbeitern völlig ungenügend. Die Arbeiter verlangen infolgedessen eine rasche Steigerung der Löhne. Den Wünschen der Arbeiter könne indessen mit Rücksicht auf die Interessen der gesamten Arbeiterklasse nicht stattgegeben werden, da dadurch in kurzer Zeit der völlige Ruin der Industrie hervorgerufen würde. Eine langsame, aber dauerhafte, eine vorsichtige und systematische Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse in gleichem Schritt mit der Hebung der Staatswirtschaft und der Produktion" erklärte Sinowjew für die "wenig verlockende und wenig blendende, aber einzig ehrliche, wirklich realistische, wirklich revolutionäre, wirklich kommunistische Formel". Sinowjew wandte sich ferner mit Nachdruck gegen wirtschaftliche Konflikte und Streiks. Eine Lehre der letzten zwei Jahre müsse es sein, daß in Sowjetrußland im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern Lohnkonflikte keine Hebung der Lebenslage der Arbeiter zur Folge haben könnten. Soweit eine solche erfolgt sei, sei die Folge nicht von Streiks, sondern der Abnahme derselben im Vergleich zum Jahre 1921. Doch müsse man ins Auge fassen, daß die Hebung der Wirtschaft Jahre erfordere. Die anschließende Debatte wird in der Sowjetpresse nur kurz referiert. Den „Iswestija" zufolge trat der Sekretär des Allrussischen Gewerkschaftsrates Rudnuta dafür ein, daß Streiks doch in manchen Fällen unvermeidlich und daher in Ausnahmefällen auch in Staatsbetrieben zugelassen seien. Wie sich die Sowjetregierung zu diesem frommen Wunsch stellt, sagt der Bericht nicht. Daß in Rußland Streiks auch in der Privatindustrie tatsächlich praktisch unmöglich gemacht sind, ist längst kein Geheimnis mehr. Es heisst dort jetzt ein vermindertes, dreistufiges, obligatorisches Schlichtungsverfahren, das die Gewerkschaften an Händen und Füßen fesselt. Uebrigens ist die vorsichtige, langsame, jedem Kampf abhold Taktik, die Sinowjew als die „wirklich revolutionäre" erklärt, unseren Rabaukommunisten unter die Nase zu reiben. Oder sollte Sinowjew unter die „Verräter" gegangenen sein?

International.

Die Leute von „Bildung und Besitz" nehmen von jeher für sich in Anspruch, das einzige richtige nationale Gefühl zu besitzen. In den Spalten, namentlich der rechtsgerichteten bürgerlichen Zeitungen, kann man immer wieder lesen, wie wenig „deutsch" doch die deutsche Sozialdemokratie ist und wie vorderlich es ist, internationale Beziehungen und Gesinnungsfreunde zu haben. Daß das holdhermischen immer wieder belohnte Nationalgefühl nur Aushängeschild ist, um desto ungehöriger und besser Geschäfte machen zu können, ist allbekannt. Es lohnt sich aber, ab und zu einige Beispiele beizubringen, wie international gerade der deutsche Adel denkt, wenn es nicht darum geht, dem Volke blauen Dunst vorzumachen, sondern wenn es um den eigenen Geldbeutel geht.

Ein Herr mit dem gewiß unersäglichem Namen von „altem Klang", B. von Bonin, Schenker in Mecklenburg, bietet in den nationalen „Hamburger Nachrichten" einen „vornehmen Patriziersitz im schönsten Vorort von Hamburg" aus. Ueber die näheren Umstände sagt das Inserat folgendes:

Villa mit 16 Zimmern: sämtliche Räume mit sehr guter zum größten Teil künstlerisch sehr wertvoller Einrichtung; große Gemäldesammlung; Lucas Cranach, Leistikow, Schreier u. m. Viele kostbare Kunstgegenstände, echte Teppiche u. dgl. Musikinstrumente mit Rotolo-Steinway-Klavier, Marmorbühne und zwei Wintergärten. Park etwa 21 000 Quadratmeter groß mit uraltem Eisenbestand. Die Bekanntschaft kann sofort übergeben werden. Zugangs-Erlaubnis gesichert.

Preis: 10 000 englische Pfund.

Die Preisforderung zeigt, worauf das Geschäft hinausgeht. Man laßt zwar nicht: ästhetische Gelegenheiten für Ausländer, aber man laßt den Preis in der Währung eines fremden Landes fest, so daß niemand über die Höhe im Zweifel sein kann. Das „nationale" Empfinden hindert nicht daran, deutschen Besitz, vor allem aber deutsche Kulturwerte Ausländern zum Kauf anzubieten. Hauptzweck: es wird gut gezahlt, mag dabei auch ein Stück deutscher Kunstbesitz nach dem anderen ins Ausland wandern.

Herr von Bonin sieht nicht allein da. Er hat gekrönte Vorkämpfer. Noch jüngst hat der Großherzog von Oldenburg wertvolle Sammlungen, die von Rechts wegen dem oldenburgischen Staat gehören, veräußert. Die Nationalen wissen ins Ausland veräußert. Das heimische Nationalgefühl wird dann zeitweilig in die Ecke gedrückt, um bei wachsender Gelassenheit fröhlich aufzupunkt wieder fernabgeholt zu werden. Das ideale Leben aber zeigt, welcher Widerspruch zwischen den Worten und Taten unserer Nationalisten herrscht.

Aus aller Welt.

Ein Muttermord. Auf einem Berliner Polizeirevier stellte sich der Major Otto Bar mit der Angabe, seine Mutter durch 10 Beiliche getötet zu haben. Außer dieser Meldung wurde er nichts weiter angegeben. Seit Weihnachten lebt die Mutter von ihrem Mann, der Oberpostkammer ist, getrennt; eine ihrer Töchter hat erst kürzlich mit unbekanntem Ziel ihr Haus verlassen, während ein anderer Sohn in der fürbergehenden Zeit. Ihre Mutter in der Laubentzweige teilte sie mit einer Tochter und ihrem Sohn Otto, der als ein gutmütiger, stiller und arbeitssamer Mensch geschätzt wird. Er war mit seiner Schwester aus einem Kino, als seine Mutter schon schlief. Im Moment hat die Mutter um verschiedene Besorgungen ersucht, die er, wenn er von der Arbeitsstelle kam, erledigen sollte. Im aber kein Kräftchen vorzulegen. Dies habe sie ihm überlassen, so daß er ohne Brot zur Arbeit habe gehen können. Diesem habe sie nun plötzlich so die Rut gegeben, daß er völlig schmerzhaft zum Tode gekommen und dem Himmels auf die im Bett liegende Mutter eingeschlagen sei. Erst als diese in ihrem Bette tot lag, sei er wieder zur Besinnung gekommen und habe sich dann sofort auf den Weg zur Polizei gemacht.

Welle Franz als Millionärin. In Berlin wurden zwei Schwestern, eine Frau Köhler und ihre Tochter, sowie eine Frau Ditz, inhaftiert. Sie betrieben eine Praxis, die durchwegs verbotene Hilfe war. Frau Köhler ist schon mehrfach bestraft, zuletzt mit drei Jahren Zuchthaus. Durch unermüdet hingebende Tätigkeit in Provinzzeitungen gewannen die beiden reiche Kunden. Beide hatten es verstanden, die Beteiligten preis so zu bezeichnen, daß sie vor Gericht alles mitbrachten, was sie bei den Bewerbsanzeigen behandelt hatten. Diese Manipulationen, bei denen auch reiche Geldmittel ohne Zweifel eine Rolle gespielt haben, erstreckten sich auch bis in die Korruption des Unterhaltungsgebiets und in die Korruptionen. Die Behandlung der Schwestern führte Frau Köhler und ihre Tochter nicht immer leicht zu Ende. Um sie zu verhaften, halfen mehrfach auch Ärzte. Die Patientinnen blieben in solchen Fällen nur einige Tage bei den beiden Frauen, bis ein gewisses Stadium der Behandlung erreicht war, und wurden dann des Zuges zugeführt. Die Frauen und Mädchen, die sich in die Behandlung der beiden begaben, mußten früher 2000 Mark und entsprechend dem Fall des Geldvertrages noch und noch höhere Summen sofort anzahlen.

Für die ganze Behandlung wurden bis zu 40 000 Mark gefordert und bezahlt. Bei einem Arzt am Kurfürstendamm forderte eine Durchsuchung Material zutage, das seine Geschäftsverbindung mit den Bekannten beweist. Das Vermögen der beiden Frauen, das auf etwa vier Millionen Mark geschätzt wird, wurde sichergestellt.

Handhüterfall am Schlachtensee. Von einem maskierten Begehrer wurde der Kaufmann Hugo B. aus Potsdam und dessen Braut ausgeplündert. Das Paar hatte einen Ausflug nach dem Grunewald gemacht. Als es auf dem Heimweg am Schlachtensee einen Waldweg ging, trat plötzlich aus einem Gebüsch ein elegant gekleideter Mann mit einer Pistole in der Hand hervor, rief „Hände hoch" und nahm zunächst dem jungen Manne die Brieftasche mit 10 000 Mark ab. Dann wandte er sich auch dem Mädchen zu und raubte ihm die goldene Uhr und einen Ring.

Zum Tode verurteilt. Das Verbrechen an der Witwe Behmann in Wiederau, die in ihrem Hause ermordet und beraubt aufgefunden wurde, fand jetzt vor dem Logauer Schwurgericht seine Sühne. Der Täter, Händler Otto, wurde zum Tode, seine Frau wegen Beihilfe zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verbrecher haben damals die Leiche zerstückelt, verpackt und dann das Haus angezündet.

Neue Bücher.

Georg Kleibömer: Jürgens Berufung, Roman. Hansische Verlagsanstalt Hamburg. Preis 180 M. — Der Verfasser ist Lehrer und wohnt in Travemünde. Sein Roman spielt um Gutby und Lübed herum, führt nach Marokko und endet in Weimar. Recht weitläufig schildert Kleibömer den Entwicklungsgang eines sensibel veranlagten Seminaristen mit all den weltumwandelnden Ideen eines in Kleinbürgerlicher Weltanschauung gefangenen Idealisten, der sich zu Außerordentlichem geboren fühlt. Die Sprache ist bodenständig, knapp, mitunter schäufmeisterlich. Etwas Schwung erhält sie erst nach der 200. Seite, wenn die Romanfigur anfängt aktiv zu wirken. Dann erst gewahrt man, wohin das Schiff gelenkt wird. Die ersten zweihundert Seiten entpuppen sich als phrasenumpommene Geschwulst, geschrieben, um eine deutschlandische Tendenzschrift schimmernder Sorte zu verbrämen. Otto Ernst hat seinen Nachfolger gefunden. Man ist zu glauben geneigt, daß Kleibömer bei dem Vorwurf seiner Arbeit ein Jahrgang der Lübedischen Anzeigen Parte gestanden hat. Sonst wäre es unmöglich, daß ein solches Sammelurteil von Blödsinn über das Wesen der Sozialdemokratie oder des Sozialismus „noetisch verklärt" werden konnte. Keine Dummheit, die über den Sozialismus geschrieben wurde, ist Kleibömer zu einfältig. Sie ist nach ihm heelen- und kulturlos, die Arbeiter drängen nur auf Vernichtung alles Bestehenden, sind von Selbstsucht und Egoismus befangen. Luther, Bismarck und der alte Krik geistern herum. Goethe wird bis zum Ueberdruß zitiert, die Dolchstoßlegende aufgewärmt, der ganze starke Mann herbeigelehnt. Bis dieser erscheint, vertritt Kleibömer den großen bigotten Propheten, der dem deutschen Volk einzureden versucht, es habe die Leiden verdient, um durch sie geläutert zu werden. Kleibömers Romanheld hat viel erkrämt in Afrika und dunkel und schwarz ist er geworden wie die Kreimwohner.

„Arisches Kaiserreich oder Kuberepublik" von Carlo Mierenhoff (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 10 M.). Das Schriftchen weist überzeugend nach, daß schon vor der Ermordung Kathenaus die Hege der hemmungslosen deutsch-nordischen Giftgasfabrikanten zu einer Mord- und Totschlagspropaganda ausgeartet war.

Die „kommunale Praxis" erscheint jetzt als Monatschrift. Die „Mitteilungen" bieten wie immer reichhaltiges Material für Kommunalpraktiker wie für wissenschaftlich arbeitende Kommunalpolitiker.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübed.

nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamtes Lübed v. 13./14. Oktober. 1922.

Lebensmittel	Kleinhändlerpreis für 1 Pfund in M.			Kleinhändlerpreis für 1 Pfund in M.		
	heutig	gestern	vorher	heutig	gestern	vorher
Fleisch u. Fleischwaren						
Rindfleisch: RoCHFleisch	180.-	200.-	140.-	6,00	6,00	5,00
Bratfleisch	180.-	240.-	150.-	7,00	8.-	5,50
Kalb- u. Schweinefleisch	140.-	200.-	120.-	6,00	8,00	5,00
Bratfleisch	160.-	250.-	120.-	15,00	15,00	9,00
Gammelfleisch: RoCHFleisch	180.-	270.-	140.-			
Bratfleisch	260.-	280.-	160.-	20,00	24,00	14,00
Schweinefleisch: RoCHFleisch	80,00	400,00	300,00	14,00	16,00	14,00
Bratfleisch	320,00	400,00	380,00	7,00	8,00	6,50
Pferdefleisch: RoCHFleisch	80,00	90,00	70,00	6,00	8.-	5,50
Bratfleisch	100,00	100,00	90,00	3,00	4,00	2,50
Sebermurst I	320,00	450,00	260,00	2,50	3,00	2,00
II	240,00	300,00	200,00			
Wettwurst: getochte	360,00	450,00	300,00			
geräucherte	400,00	500,00	380,00			
Speck: geräuch. hiesiger	400,00	460,00	400,00	50,00	60,00	40,00
fremder	360,00	400,00	360,00	10,00	8,00	6,00
Wollwolle: in						
1. Klasse	52,00	52,00	42,00	10,00	15,00	10,00
2. Klasse	26,00	26,00	21,00	8.-	8.-	5.-
3. Klasse	18,00	20,00	13,00	8.-	10.-	8.-
4. Klasse	12,00	14,00	9,00	7.-	8.-	5.-
5. Klasse	8,00	10,00	6,00	7.-	8.-	5.-
6. Klasse	6,00	8,00	4,00	7.-	8.-	5.-
7. Klasse	4,00	6,00	3,00	7.-	8.-	5.-
8. Klasse	3,00	4,00	2,00	7.-	8.-	5.-
9. Klasse	2,00	3,00	1,00	7.-	8.-	5.-
10. Klasse	1,00	2,00	0,50	7.-	8.-	5.-
11. Klasse	0,50	1,00	0,25	7.-	8.-	5.-
12. Klasse	0,25	0,50	0,12	7.-	8.-	5.-
13. Klasse	0,12	0,25	0,06	7.-	8.-	5.-
14. Klasse	0,06	0,12	0,03	7.-	8.-	5.-
15. Klasse	0,03	0,06	0,01	7.-	8.-	5.-
16. Klasse	0,01	0,02	0,00	7.-	8.-	5.-
17. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
18. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
19. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
20. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
21. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
22. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
23. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
24. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
25. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
26. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
27. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
28. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
29. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
30. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
31. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
32. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
33. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
34. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
35. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
36. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
37. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
38. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
39. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
40. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
41. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
42. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
43. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
44. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
45. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
46. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
47. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
48. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
49. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
50. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
51. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
52. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
53. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
54. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
55. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
56. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
57. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
58. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
59. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
60. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
61. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
62. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
63. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
64. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
65. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
66. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
67. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
68. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
69. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
70. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
71. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
72. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
73. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
74. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
75. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
76. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
77. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
78. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
79. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
80. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
81. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
82. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
83. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
84. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
85. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
86. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
87. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
88. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
89. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
90. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
91. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
92. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
93. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
94. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
95. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
96. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
97. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
98. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
99. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-
100. Klasse	0,00	0,00	0,00	7.-	8.-	5.-

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Lauer; für Freisinn Lübed und Feuilleton Hermann Lauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Reyer & Co., sämtlich in Lübed.

ph. Diebstahl. Aus dem Grundwasserwerk der Wasserleitung am Fabrikampweg ist ein 2 1/2 Zentner schwerer Amboss gestohlen worden. — Einem in Luftschiffen wohnhaften Landmann ist ein 200pfündiges Schwein aus dem Stall gestohlen und am Ort und Stelle abgeschlachtet worden. — Einem in der Schwarzenauer Allee wohnhaften Zimmermeister wurde ein silbernes Besteck gestohlen. — Als der Wagen einer hiesigen Wäscherei vor einem Hause Ecke Breiten- und Gartenstraße hielt, wurden von demselben 5 bis 6 Pfund schmutzige Wäsche im Werte von 70 000 bis 80 000 Mark gestohlen